

Die "Grenzboten" erscheinen täglich zweimal, Sonntags und Wintersonnenwendtag einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen "Freie Welt" und "Der Jugend-Versteher". Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zahlung ins Haus monatlich 2,50 M. für den Monat Januar, im voraus zahlbar. Für Postbestellungen nehmen sämtliche Lohnspezialisten entgegen. Unter Streifenbogen für Deutschland, Österreich, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Litauens 3,50 M., für das übrige Ausland 7,50 M. Abnahme, Expedition und Verlag: Berlin C2, Breite Straße 40

Die Jahrgangspostkonten oder deren Kauf kostet 2.— M. einschließlich Postgebühren. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.50 M., jedes weitere Wort 1.75 M. einschließlich Postgebühren. Laufende Anzeigen: Einzel-Versteher, Familien-Anzeigen und Stellen-Beilagen 4.50 M. netto pro Zeile. Stellen-Beilagen in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1.50 M.

Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Grenzboten

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Gegen den Raub des Koalitionsrechts

Rundgebung des Deutschen Eisenbahnerverbandes / Der Stand der Streikbewegung

Protest gegen das Streikverbot

Der Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes veröffentlicht folgende Erklärung:

Angesichts der Tatsache, daß der Vorstand der Reichsgewerkschaft wieder mit dem Deutschen Eisenbahnerverband noch mit den übrigen Eisenbahnerorganisationen eine Verständigung gesucht und herbeigeführt hat, sind wir bezüglich der von der Reichsgewerkschaft eingeleiteten Aktion nur auf Pressemeldungen angewiesen. Wir haben im Laufe des 1. Februar erst durch die Presse Kenntnis von dem für den am gleichen Tage nachts 12 Uhr festgesetzten Streikbeginn der Eisenbahnbeamten Kenntnis erhalten. Inzwischen wurde auch die Verordnung des Reichspräsidenten betreffend der Arbeitsniederlegung von Beamten der Reichsbahn bekannt.

Der Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes sieht sich veranlaßt, trotz des unverantwortlichen und ungewerkschaftlichen Verhaltens der Leitung der Reichsgewerkschaft zu erklären, daß die Verordnung das ungeeignetste Mittel ist, die Ursachen der Streikbewegung zu beheben und ihr Einhalt zu gebieten. Die Verordnung, welche den Beamten das Streikrecht abspricht und die Anwendung des Koalitionsrechts unter Strafe stellt, muß mit aller Schärfe zurückgewiesen werden. Auch die Ausführungsbestimmungen des Polizeipräsidenten von Berlin bedeuten einen untraglichen Eingriff in das Koalitionsrecht der Beamten, der unter allen Umständen verurteilt werden muß.

Schließlich sieht sich der Vorstand veranlaßt, gegen das Vorgehen des Reichsverkehrsministers Groener entschiedenen Protest zu erheben. Mit einem Streikverbot, einer Verfolgung der von der Streikbewegung beteiligten Funktionäre der Reichsgewerkschaft, sowie der willkürlichen Änderung des Beamtenrats-Erlasses zum Nachteil der Beamten kann eine Streikbewegung nicht verhindert und eine Zustriedenheit bei dem Personal hervorgerufen werden. Der Vorstand muß sich vorbehalten, die ihm geeignet erscheinenden Maßnahmen zu ergreifen.

Zwischen dem Bekanntwerden der Streikparole der Reichsgewerkschaft und dem Beginn des Streiks lag ein voller Tag. Der Reichsregierung war diesen ganzen Tag hindurch bekannt, daß die gesamte deutsche Wirtschaft von einer ungeheuren Katastrophe bedroht ist. Für sie mußte dieser Tag als ein Tag schwerwiegender Entscheidungen sein. Hat sie die Zeit genutzt, um ihre Entscheidungen so zu treffen, daß sie zu einer Erleichterung der Lage, zur Beilegung des Konfliktes beitragen können? Hat die Regierung sich bemüht, Verhandlungen mit den zum letzten Kampf bereitstehenden Eisenbahnbeamten herbeizuführen?

Wir stellen diese Fragen, weil wir nach wie vor der Ansicht sind, daß die Regierung zu solchen Bemühungen verpflichtet gewesen wäre. Die Einleitung einer Verständigung wäre ihr leicht geworden, weil der Vorstand des Deutschen Beamtenbundes bereit steht, um einem Einigungsversuch zu dienen. Bereits am Dienstag hat er Schritte bei der Reichsregierung in diesem Sinne unternommen und auch gestern hat er sich zur Verfügung gehalten, um Frieden zu stiften. Die Reichsregierung wirft den zum Streik entschlossenen Beamten vor, sie handelten verantwortungslos und pflichtwidrig. Solange indes die Regierung nicht nur eigene Bemühungen um eine Einigung unterläßt, sondern auch gegenüber Einigungsversuchen von dritter Seite ablehnend bleibt, solange muß auch ihr der Vorwurf der Verantwortungslosigkeit gemacht werden. Ihre Verantwortlichkeit für die Erhaltung des Eisenbahnbetriebes und für die Verhütung unermesslichen Schadens für die Volkswirtschaft ist nicht geringer als die der Beamten. Das ganze Verhalten der Regierung zeigt aber, daß sie sich nicht von dieser Verantwortlichkeit, sondern von ihrem Prestigebedürfnis leiten läßt. Ihre Weigerung, sie werde mit Streikenden nicht verhandeln, ließ schon am Dienstag erkennen, daß sich die Regierung auf fälschlichem Wege befindet.

Statt den Frieden noch in letzter Minute zu erhalten, stellt die Regierung ihre Macht in den Dienst der Wahrung einer in unsere Zeit nicht mehr hineinpassenden Staatsautorität, die sich der Beamten als Werkzeuge ihrer Hoheit bedient und sie zu diesem Zwecke zu Staatsbürgern minderen Rechts erniedrigt. Die Regierung hat den gestrigen kritischen Tag benutzt, um die Eisenbahnbeamten unter ein Ausnahmerecht zu stellen und ihnen durch Gewaltmaßnahmen das Streikrecht endgültig zu entreißen. Die Ausführungsbestimmungen des Polizeipräsidenten zur Verordnung Ebert sind geeignet, die Gewerkschaftsbewegung der Eisenbahner völlig zu zer schlagen. Sie sind das stärkste, was sich eine Ordnungsgewalt

behörde der Gewerkschaftsbewegung gegenüber bisher geleistet hat. Ebert und Richter im Verein machen den Beamten nicht nur das Streikrecht, sondern auch das Recht der Koalition überhaupt streitig.

Wir haben uns wiederholt über die Frage des Streikrechts der Beamten ausgesprochen. Gegenwärtig ist nicht der Augenblick, um in neuen ausführlichen Darlegungen den Beweis für den Anspruch der Beamten auf Streikfreiheit zu führen. Die Regierung hat aber selbst den Nachweis geführt, daß die Beamten das Streikrecht ebensowenig entbehren können wie die anderen Arbeitnehmerkategorien. Bei den jüngsten Verhandlungen zwischen der Regierung und den Beamtenverbänden über die Befordrungsfrage, die zur Vorgeschichte des Streiks gehören, haben die Unterhändler der Regierung immer wieder ein Verhalten an den Tag gelegt, das dem Benehmen scharfmacherischer Unternehmer ähnelnd ähnlich war. Besonders Herr Hermes, der interimistische Finanzminister, hat in einem Schreiben an die Spitzenverbände zu erkennen gegeben, daß er einseitig bestimmen will, was in Befordrungsfragen „möglich und angemessen“ erscheint. Solange trotz der formalen Mitwirkung der Beamtenorganisationen bei der Vorbereitung von Befordrungsreformen, die letzte Entscheidung über sie einseitig in der Hand der oberen Bürokratie liegt, solange muß in der Masse der unteren und mittleren Beamenschaft und der Vertretung des Arbeitgebers Staat ein Gegensatz bestehen, der an Schärfe dem Gegensatz zwischen Arbeiterchaft und Unternehmertum nicht nachsteht. Wenn dieser Gegensatz sich dann dem Verhalten der Staatsgewalt auswirkt, dann führt er zu denselben Kämpfen, die der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit täglich von neuem erzeugt. Der bevorstehende Streik der Eisenbahnbeamten beweist das, und alle Proklamationen und Gewaltmaßnahmen der Regierung werden an dieser Auswirkung sozialer Gegensätze nichts ändern.

Weil aber die Regierung viel zur Herbeiführung des Konfliktes beigetragen hat, war sie um so mehr zu Bemühungen für den Frieden verpflichtet. Statt dessen liefert sie die Beamtenorganisationen der Verfolgung durch Polizei und Gerichte aus. Sie legt damit den Keim zu immer heftigeren Konflikten. Und wenn es bei den nunmehr unvermeidlichen Kämpfen zu Unruhen und zur Gewaltanwendung kommen sollte, so ist, das sei schon jetzt gesagt, die Regierung daran schuld. Der Kampf der Eisenbahner um die Entlohnung wird durch das Vorgehen der Regierung gesteigert zu einem Kampf um das Recht auf volle Koalitionsfreiheit, zu einem Kampf um das Streikrecht. Und die anderen Verbände der Eisenbahner, die an den Beschlüssen der Reichsgewerkschaft nicht beteiligt waren und ihre Taktik nicht billigen, werden in diesem Ringen mit der Reichsgewerkschaft in Reich und Glied stehen. Die Regierung hat den Kampf der Eisenbahner zu einer Angelegenheit der ganzen Arbeiterklasse gemacht, die nicht dulden kann, daß einer ihrer Teile seines Rechtes beraubt wird.

Damit wächst die Schuld der Regierung an der äußersten Zuspitzung des Konfliktes ins Ungemessene und um so ernsthafter müssen wir von ihr fordern, daß sie sich ihrer Verantwortung bewußt wird, sofort Verhandlungen herbeiführt und dem Unheil ein schnelles und versöhnliches Ende bereitet.

Der Standpunkt der Christen

Wesentlich verschieden von der Stellung des freigezwergschaftlichen Deutschen Eisenbahnerverbandes ist die Haltung der christlichen Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteter. In einer längeren Entschlebung, die W. T. B. verbreitet, wird darauf hingewiesen, daß die Reichsgewerkschaft den Streik ohne Verbindung mit den übrigen großen Eisenbahnerorganisationen beschloßen habe. Damit sei der Bewegung von vornherein jede Möglichkeit eines durchschlagenden Erfolges genommen. Die Entschlebung spricht dann von den Verhandlungen mit der Regierung, die eben zu einem vorläufigen Abbruch gekommen seien. Nachdem die Entschlebung noch die gegenwärtige ernste Lage des Reichs hervorhebt, heißt es:

Angesichts aller dieser Umstände lehnt der große Vorstand der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteter den Eisenbahnstreik der Reichsgewerkschaft ab. Vielmehr hat jedes Mitglied der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner nach wie vor seinen Dienst auszuüben. Wer dabei seinen streikenden Kollegen nicht in den Rücken fallen will, möge bedenken, daß das Fahren von lebensnotwendigen Dingen keine Streikarbeit ist. Der Transport von Lebensmitteln, Milch und Kohlen muß ebenso wie ein notwendiger Berufsverkehr gesichert werden. Das Elend in den Großstädten, das Stiehung der Kinder, die Gefahr für das Leben der Säuglinge sind so groß, daß die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner sich nicht mitschuldig machen will an einer Verschärfung dieses Elends.

Der große Vorstand der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteter beauftragt den geschäftsführenden Vorstand der Gewerkschaft, angesichts der allgemeinen Notlage und der Streikmühen, die die Gefahr einer Entrechtung der Eisenbahner im Gefolge haben, für eine Beilegung des Konfliktstandes energisch zu wirken und die Rechte der Beamten und Arbeiter zu wahren.

Der Hauptvorstand der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteter.

Dieser Erklärung haben sich angeschlossen die Deutsche Verkehrsbeamten-Gewerkschaft und der Verband deutscher Eisenbahner-Bahnmeister.

Die Verordnung des Polizeipräsidenten

Berlin, 1. Februar.

In Ausführung der Verordnung des Reichspräsidenten, welche die Arbeitsniederlegung der Eisenbahnbeamten für verboten erklärt und die Aufforderung zum Streik unter Strafe stellt, hat der Polizeipräsident folgende Maßnahmen angeordnet:

Alle zur Durchführung des Streiks bestimmten Gelder sind zu beschlagnahmen.

Die Drucklegung von Aufrufen, die Aufforderungen zum Streik enthalten, ist zu verhindern.

Aufrufe zum Streik sind zu beschlagnahmen.

Personen, die zum Streik auffordern oder sich nach § 316 des Strafgesetzbuches strafbar machen, sind je zu verurteilen.

§ 316 bedroht mit schwerer Gefängnis- und Geldstrafe die zur Leitung der Eisenbahnfahrten und zur Aufsicht über die Bahnen und den Beförderungsbetrieb angestellten Personen, wenn sie durch Vernachlässigung der ihnen obliegenden Pflichten einen Transport in Gefahr setzen.

Wie das Reichsverkehrsministerium mitteilt, sind von der Reichsbahn alle Maßnahmen getroffen, um den lebenswichtigen Verkehr durchzuführen, besonders wird auf die Beförderung von Lebensmitteln, Kohlen und Zeitungsdrukpapier Rücksicht genommen werden.

Falsche Gerüchte

W. T. B. teilt mit: Nach der Meldung eines Berliner Abendblattes sollte anlässlich des Eisenbahnerstreiks die Verhängung des Ausnahmezustandes, sowie die Mobilisierung der Reichswehr bevorstehen, nach einer weiteren Meldung sogar schon erfolgt sein.

Die Meldungen sind vollständig erfunden.

Ablehnung des Streiks in Süddeutschland

München, 1. Februar.

Wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“ mitteilen, mißbilligt das bayerische Verkehrspersonal das Vorgehen der Reichsgewerkschaft entschieden und deutet seinerseits nicht an Streik. Weiter erfährt das Blatt, daß der bayerische Verkehrsbeamten-Verband den Streik mit der gleichen Entschiedenheit ablehnt, die er gelegentlich des Ausbruchs des letzten wilden Streiks in Westdeutschland an den Tag legte. Auch der Staats-Techniker-Verband weist jeden Streikgedanken von sich. Der Deutsche Eisenbahner-Verband will erst Mitteilung von Berlin abwarten.

Stuttgart, 1. Februar.

Der Vorstand des Landesverbandes Württemberg der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner hat heute nachmittags einstimmig beschlossen, die jegliche Durchführung des Streikbeschlusses der Reichsgewerkschaft abzulehnen, weil das Abstimmungs-ergebnis des Beschlusses aus gewerkschaftlichen Gründen die Ablehnung des Streiks bedeute. Nach einer Mitteilung der Eisenbahndirektion Stuttgart sei bei der Bejahung und Pflichttreue des württembergischen Personals zu hoffen, daß der Streik in Württemberg vermieden wird.

Kein Streik im besetzten Gebiet

Köln, 1. Februar.

Die interalliierte Feld-Eisenbahnkommission in Wiesbaden hat hierher mitgeteilt, daß die Rheinlandkommission in Coblenz im Einvernehmen mit dem Oberstkommandierenden der Rheinarmee beschloßen hat, den Streik der Eisenbahner im besetzten Gebiet nicht zu dulden. Der Vorsitzende der Reichsgewerkschaft des Direktionsbezirks Köln gab die Erklärung ab, daß die Reichsgewerkschaft beschloßen habe, den Streik nicht auf das besetzte Gebiet auszudehnen.

In Anbetracht des drohenden Eisenbahnerstreiks hat die interalliierte Rheinlandkommission dem Reichskommissar für die besetzten Gebiete eine Verordnung über die Aufrechterhaltung öffentlicher Betriebe in dringenden Fällen zugehen lassen. Die Verordnung bestimmt, daß die interalliierte Rheinlandkommission in Fällen, wo die Aufrechterhaltung eines der öffentlichen Ordnung beruhenden Betriebes gebietet erscheint, der Oberstkommandierenden der Besatzungsarmee die Befugnis erhalten kann, alle Maßnahmen zu ergreifen, die er für die Bedürfnisse der Armee wie auch für die Zivilbevölkerung der besetzten Gebiete hinsichtlich ihrer Lebensnotwendigkeiten für erforderlich hält. Die Verordnung tritt sofort in Kraft.

Der Stoß in den Rücken

Die Kampfansage der Deutschen Volkspartei an die Regierung, durch die die politische Situation erneut Krisencharakter angenommen hat, hat dem größten Teil der bürgerlichen Presse die Sprache geraubt. Die demokratische Presse schweigt sich vollkommen aus, ebenso schweigt die „Germania“. Von den reaktionären Blättern bezeichnet die „Kreuzzeitung“ die Ernennung Rathenau als eine „Brüskierung der Deutschen Volkspartei“. Schärfster ist die „Zeit“. Sie leitet, getreu den Methoden, in denen Deutschland nationale und Deutsche Volkspartei stets einig waren, aufs neue einen persönlichen Feldzug gegen Rathenau ein. Persönliche Gründe würden ihm höher stehen als sachliche, und es läme ihm ebensowenig wie Dr. Birtz darauf an, durch ihr Vorgehen den innerpolitischen Gesundungsprozess in schwerster Weise zu fördern. Sie schließt mit folgender Drohung:

„Sie selbst und seinem neuen Amt wird Herr Dr. Rathenau dadurch am allerwenigsten nützen, daß er nunmehr im vollen Gegensatz zu den produktiven Wirtschaftskräften Deutschlands nach Genua geht.“

Das „Deutsche Abendblatt“ bläht offen die antisemitische Schamlei. Von ihm stammen folgende Zeilen gegen Rathenau:

„Ein Jude, ein ausgesprochener Misde, eine anerkannte Größe der jüdischen Weltzusammenhänge, dessen Vater übrigens der berühmtesten Lüge „Zur aufgebundenen Morgenröte“ (Frankfurt a. M.) angehört hat, führt in Deutschland die auswärtige Politik und die Wirtschaftspolitik und hat damit die Leitung des Volks und die Verfügung über dessen Eigentum. Von außen gesehen ist das eine groteske Ungehörlichkeit, die ihresgleichen sucht. In Deutschland bedeutet dieses Ereignis ein beinahe „natürliches“ Ergebnis langer sorgfältiger Borarbeit teils mit gebildeter Unterwühlung und Durchdringung, teils durch den Krieg, teils durch die Revolution. Längst ist der nationale Unterbau zernagt, längst der jüdische an seine Stelle gesetzt worden.“

Der „Vorwärts“ widmet der Erklärung der Deutschen Volkspartei einen Leitartikel. Er nennt sie eine „Kriegserklärung“ und macht aus der grenzenlosen Enttäuschung, in die die Rechtssozialisten durch diesen „Vollstoß von hinten“ gekommen sind, kein Hehl. Offen gesteht er zu, daß die Erwartungen der Rechtssozialisten, die von der unbegründeten Hoffnung ausgegangen sind, in der Deutschen Volkspartei einen ehrlichen Bundesgenossen zu finden, getäuscht sind.

Der Vorgang stellt ziemlich das Tollste dar, was wir in der bisherigen kurzen Geschichte unseres parlamentarischen Systems erlebt haben. Die Deutsche Volkspartei hat sich unter dem Schein, sachliche Arbeit im Interesse des Volkes leisten zu wollen, an den Verhandlungen über das Finanzprogramm beteiligt. Nachher hat ihr Führer in Finanzfragen, Herr Bedershausen, im „Tag“ mit brutaler Deutlichkeit ausgesprochen, daß es ihr dabei nur auf die Wahrung der Interessen des Besitzes angekommen sei. Vierundzwanzig Stunden nach dieser Selbstenttäuung folgt eine zweite noch schlimmere. Es wird mit rückichtsloser Offenheit zugestanden, daß das sachliche Interesse an den Ausgaben der Finanzpolitik nur vorgeschützt war, um ungemessene, geradezu wahnwahnstunige Machtansprüche der Partei zu verwirklichen.

Mit der Deutschen Volkspartei sind bei interfraktionellen Verhandlungen schon recht merkwürdige Erfahrungen gemacht worden. Aber der neueste Vorgang übertrifft alles bisher Erlebte um Kirchturnhöhe. Die Rot des Landes schreit zum Himmel, ein sichtbares Opfer des Besitzes zu seiner Vinderung wird verlangt. Und eine Partei, die bisher stets mit ihrer besonderen Vaterlandsliebe gepunkt hat, erklärt nicht nur, dieses Opfer bloß deshalb bewilligt zu haben, weil es unter den gegebenen Umständen das denkbar kleinste sei, sie zieht nachträglich noch ihre Bewilligung zurück, weil ihr ein übles von kleinlichen persönlichen Beweggründen geleitetes Manöver mißfällt ist. Das „patriotische Opfer“ der Deutschen Volkspartei war nichts anderes als ein Schachzug in einem Spiel, dessen Zweck es war, einem mißliebigen Ministerkandidaten ein Bein zu stellen.

Die Gewissenlosigkeit, mit der dieser parteitaktische Analekt in Szene gesetzt wurde, erscheint, vom außenpolitischen Standpunkt aus betrachtet, noch größer als vom innenpolitischen. Die Erklärung der Deutschen Volkspartei stellt das härteste Mithraeusvotum dar, das eine Partei einem Minister erteilen kann. Durch sie wird angekündigt, daß die auswärtige Politik der Regierung mit dem stärksten Widerstand dieser Partei zu rechnen haben wird. Von ihr hat also die Regierung auf ihrem schwierigen Wege nichts anderes zu erwarten, als Stöße in den Rücken. Die Volkspartei marschiert in Reich und Glied mit der anderns Patriotenpartei, der Deutschen Nationalen Partei, auf, deren Organ heute morgen in bezug auf Rathenau erklärt, selbst wohlgesinnte Ausländer könnten sich mit „listigen Juden, die jeden andern geschäftlich übers Ohr hauen wollten“, nicht verständigen.

In ihrer Methode, die Interessen des deutschen Volkes vor dem Ausland zu vertreten, stehen die beiden „Schwesterparteien“ jetzt ebenbürtig nebeneinander.

Spät, sehr spät ist der „Vorwärts“ zu dieser Erkenntnis gekommen. Nicht an den Rechtssozialisten, sondern an der Deutschen Volkspartei liegt es, wenn mit dem Steuerkompromiß auch die Koalition von Scheidemann bis Stresemann aufgepflogen ist. Man sollte meinen, daß das nicht nur eine bittere Erkenntnis, sondern auch eine hellblame Lehre für diejenigen Optimisten darstellt, die geglaubt haben, strasslos an dem großkapitalistischen Charakter der Deutschen Volkspartei vorbeiziehen zu können. Jetzt sollte es eigentlich auch dem naivsten Gemüt klar sein, daß es mit diesen Gesellen, die mit der Hinterhältigkeit auch die höchste Steuerhöhe verbinden, besonders in den Wirtschafts- und Finanzfragen nicht einmal ein gelegentliches Zusammenarbeiten geben kann. Es sei denn, daß man nicht nur die Interessen der Arbeiterklasse in diesen Fragen preisgibt, sondern daß man auch die völlige politische Abhängigkeit vom Großkapital in den Kauf nehmen will.

Man darf aber einstweilen noch bezweifeln, daß die Rechtssozialisten diese Erkenntnis haben. „Die Zustimmung zum Steuerkompromiß war“, so schreibt die „Sozialistische Korrespondenz“, „die denkbar blutigste Selbstgeißelung der Deutschen Volkspartei.“ Wenn man allerdings so die Tatsachen auf den Kopf stellt, wenn man aus der überaus weitgehenden Schonung des Besitzes, die die Volkspartei bei dem Kompromiß erzielt hatte, einen Sieg konstruiert, so ist die Hoffnung gering, daß man Verständnis für die wahren politischen Machtverhältnisse hat. Anstatt auch die Konsequenzen für die Haltung der eigenen Partei zu ziehen, richtet der „Vorwärts“ Mahnungen an die Demokraten und an unsere Partei. Er fragt, ob die Demokraten, die der Deutschen Volkspartei in bisher geradezu unanständiger Weise nachgelassen sind, sich jetzt ihr Recht auf Existenz gegen rechts zu erkämpfen versuchen werden.

An uns wendet sich der „Vorwärts“ mit folgenden Darlegungen:

„Rechtliches gilt in anderem Sinne für die Unabhängigen. Sie sind vor die Frage gestellt, ob sie einer Regierung, die nur im Kampfe gegen die beiden Rechtsparteien leben kann, die nötige Unterstützung angedeihen lassen oder ob sie schließlich durch schwankendes und unschlüssiges Verhalten den Sieg jener reaktionären Intrigantenpolitik herbeiführen wollen, die sich loeben durch die überraschende Schwendung der Deutschen Volkspartei in der widerwärtigsten Weise entblüht hat.“

Auch das ist eine ganz falsche Darstellung. Wo war denn jeht der Kampf der Regierung gegen beide Rechtsparteien? Hat die Regierung sich nicht viel mehr um die Günst der einen der beiden Rechtsparteien eifrig bemüht? Und war ihr die Unterstützung der Deutschen Volkspartei bei den Steuervorfällen nicht wesentlich angenehmer, als die der Unabhängigen? Nicht wir haben durch unschlüssiges Verhalten den „Sieg jener reaktionären Intrigantenpolitik“ herbeigeführt, sondern jene von den Rechtssozialisten unterstützte Politik der Regierung, die zum Verzicht auf wichtige Forderungen der Arbeiterklasse und zu einem sozial und finanziell unannehmbaren Kompromiß geführt hat.

Deshalb liegt auch jetzt die Entscheidung vor allem bei den Rechtssozialisten und bei der Regierung. Das Aufklagen des Steuerkompromisses schafft gewiß eine neue Situation. Aber nur wenn die Reichsregierung auch in der Steuerpolitik durch wirkliche Besitzbelastung einen Linkskurs einschlägt und den sozialen Bedürfnissen der breiten Massen Rechnung trägt, wird ihre Erhaltung im Interesse der Arbeiterklasse als das kleinere Übel anzusehen sein.

Die bayerischen Hochverräter

Die Deutschen Nationalen und der Putsch

Der deutschnationale Schriftsteller August Abel hat in der letzten Nummer der „Welt am Montag“ einen Artikel über das hochverräterische Treiben der bayerischen Ordeschreibe veröffentlicht. Als der Abgeordnete Scheidemann im Reichstag auf die Vorgänge in Bayern hinwies und sich auf das Zeugnis des Herrn Abel berief, brach die Rechte in höhnisches Gelächter aus, und Herr Helfferich rief: „Wer ist Abel?“ Dieser Versuch, sich blind zu stellen, veranlaßt Herrn Abel in einer Zuschrift an den „Vorwärts“ darauf hinzuweisen, daß er bisher ein sehr geschäftiges Mitglied der Deutschen Nationalen Partei war, sogar für den preussischen Landtag kandidiert hat, und daß insbesondere Herr Helfferich, der ihn jetzt auf einmal nicht mehr kennen will, wiederholt vertrauliche Telefongespräche mit ihm geführt hat. Mehr noch als durch diese Feststellung wird die deutschnationale Partei durch die weiteren Angaben des Herrn Abel über die Vorgänge in Bayern belastet. Er schreibt:

„Nach den Berichten der Presse hat die Rechte bei der Erwähnung der von mir in der „Welt am Montag“ veröffentlichten Berichte gelacht. Daran tut sie unrecht, denn diese Berichte sind echt und wahr und diese Echtheit und Wahrheit wurde kurz vor Erscheinen des Artikels in der „Welt am Montag“ von mehreren Abgeordneten der Rechten und von dem Verleger einer rechtsstehenden Zeitung ausdrücklich zugestanden. Man beschwor mich aber, diese Dinge nicht zu veröffentlichen, weil die innen- und außenpolitische Wirkung nicht abzusehen wäre. Es ist auch ein Abgeordneter der Rechten gewesen, der das Erscheinen des Materials dadurch verhindern wollte, daß er an den Verleger der nationalen Zeitung, der ich das Material zuerst kostenlos anbot, vor 10 Tagen telegraphierte: „Artikel darf unter keinen Umständen veröffentlicht werden, bevor nicht Unterredung I. (der Name des Verlegers), Abel, Esche, und Rupf stattgefunden hat.“ (Mit Esche und Rupf sind Escherich und Rupprecht gemeint.) Es sind auch Abgeordnete der Rechten nach München gefahren und haben mir nachher sagen lassen, es kimmte alles, die schlimmsten Befürchtungen seien übertrieben, man werde aber versuchen, die Differenz beizulegen.“

Wir haben schon am Montag, als wir die erste Veröffentlichung des Herrn Abel im Auszug wiedergaben, die sofortige Einleitung eines Verfahrens wegen Hoch- und Landesverrat gegen die bayerischen Ordeschreibe und ihrer Mitverschworenen verlangt. Aus der neuesten Auslassung des Herrn Abel geht hervor, daß die sofortige Anklageerhebung ein Gebot der Notwendigkeit ist, denn er weist sogleich darauf hin, daß er sein Material nicht veröffentlicht hat, um Sensation zu machen, sondern um den bayerischen Putsch abzuwenden, der in Vorbereitung ist. Auch darüber sei die deutschnationale Partei unterrichtet, denn ein rechtsstehender Reichstagsabgeordneter habe am 18. Januar erklärt, es sei ihm bekannt, daß man in Bayern in die selbe Frühjahr loschlagen wolle.

Die Reichsregierung ist sich offensichtlich ihrer Verantwortung gegenüber der Republik voll bewusst. Wir haben schon wiederholt eingehendes Material über die Vorgänge in Bayern veröffentlicht und dabei insbesondere auf die Tätigkeit des früheren Polizeipräsidenten Poehner hingewiesen. Will die Reichsregierung nicht endlich veranlassen, daß wenigstens dieser gemeingefährliche Bursche, der nachgewiesenermaßen Pässe gefälscht hat, um den Hochverrat und andere Verbrechen zu begünstigen, in Haft genommen wird?

Die Deutschen Juristen

Gegen die Zulassung der Frauen

Vor einiger Zeit haben die Richter Deutschlands beschlossen: „Die Frau eignet sich nicht zum Richteramt.“

Diese reaktionäre Ansicht hat die Rechtsanwälte Deutschlands nicht schlafen lassen. Sie haben sich jetzt zu einer Tagung des Deutschen Anwaltsvereins in Braunshweig getroffen und nach den Vorträgen des Justizrats Dr. Bieber, Berlin und des Rechtsanwalts Dr. Ebertsheim, Mannheim über die Zulassung der Frauen zum Richteramt und zur Rechtsanwaltschaft mit 45 gegen 20 Stimmen folgenden Antrag des Mitberichterstatters Dr. Ebertsheim beschlossen:

„Die Frau eignet sich nicht zum Rechtsanwaltschaft oder zum Richteramt. Ihre Zulassung würde daher zu einer Schwächung der Rechtspflege führen und ist aus diesem Grunde abzulehnen.“

Die deutschen Anwälte sind schließlich auch Juristen und so konnten sie sicher ihre Kollegenchaft vom ausübenden Richteramt nicht allein stehen lassen in ihrem Kampfe gegen die Gleichberechtigung der Frau. Die deutschen Anwälte und Richter wissen ebensogut wie andere Leute, daß in vielen Ländern die Frau bereits seit längerer Zeit zum Anwaltsstand zugelassen ist. Man hat bis jetzt nicht gehört, daß in jenen Ländern die Rechtspflege irgendwie gelitten hätte. Wir jedenfalls und mit uns noch alle vorurteilsfreien Menschen sind der Meinung, daß gerade in der gegenwärtigen Zeit der ausgesprochensten Klassenjustiz, sowie der so häufig zutage tretenden sozialen Unbilligkeitigkeit weiter Richterkreise die Frau sowohl im Richter- als im Anwaltsstand nur einen wohltuenden Einfluß ausüben könnte. Daß übrigens auch die Reichsversammlung ausdrücklich die grundsätzliche

Gleichberechtigung der Frau zu allen öffentlichen Ämtern ausspricht, stört die deutschen Richter und Anwälte nicht. Sie haben nur den erneuten Beweis erbracht, wie wenig Verständnis für soziale und fortschrittliche Fragen bei ihnen vorhanden ist. Und gerade deshalb fordern wir die Zulassung der Frau sowohl zum Richteramt als auch zum Anwaltsstand.

Großindustrielle Steuerschieber

An dieser Stelle ist zu wiederholten Malen die Steuerbräckererei gewisser industrieller und agrarischer Kreise gekennzeichnet worden. Heute sind wir in der Lage, die Steuerhinterziehungen einer ganzen industriellen Gruppe der Öffentlichkeit zu übergeben, die in ihrer zynischen Offenheit kaum ein Beispiel finden.

Die Fabrikanten Markneukirchens, fast durchweg schwerkreiche Leute, die in den schönsten Villen des Vogtlandes wohnen, führen seit einiger Zeit einen heftigen Kampf gegen die Steuererschöpfungskommission. Diese mußte kürzlich in die Öffentlichkeit flüchten, und mitteilen, daß sich im ganzen Vogtlande die Einschätzung glatt vollziehe, nur in Markneukirchen nicht. Die Mitglieder der Kommission erhielten Drohbriese schlimmster Art, in denen ihnen sogar die Ermordung angedroht wurde. In einem dieser Drohbriese wurde auf den Steuersekretär Fiedert, weil er bei der Einschätzung amlich mitzuwirken hatte, ein Koppreis von 100 000 Mark ausgesetzt. Fast alle Fabrikanten fühlten sich überschätzt und beziehen eine öffentliche Versammlung aller derer ein, die sich wie sie ebenfalls überschätzt glaubten. Die Arbeiter aber und Festbesoldeten, Beamten usw. traten ebenfalls an und so kam es, daß die Versammlung ein bitteres Fiasko für die Steuerseheren wurde. Einmal hatte angefangen der anwesenden Arbeiter niemand den Mut, die vorgelesene Rede zu halten. Dann aber traten unsere Genossen auf den Plan und zerstückten die Ausreden des Einberufers, eines Fabrikantenöhnehens, über die „zu hohe Einschätzung“. Das rief auch den Steuersekretär Fiedert auf den Plan, der die Kommission in Schutz nahm, aber darüber hinaus nach der „Blauen Volksstimme“ folgendes erklärte:

Die Kommission habe Deklarationen erhalten, die jeder Beschreibung gespottet hätten. Das Finanzamt sei sehr zurückhaltend mit Strafzetteln, aber es seien die unglücklichsten Dinge vorgekommen. So hätten Fabrikanten mit 15 Beschäftigten ein Warenlager von — sage und schreibe — 8000 M. angegeben. Durch Nachprüfungen der Bücher in 64 Fällen sei festgestellt worden, daß 7 Millionen Mark Einnahmen verheimlicht worden seien. In 24 Fällen habe das Strafverfahren eingeleitet werden müssen. Mehrfach hätten Fabrikanten ein niedrigeres Einkommen angegeben, als ihre Arbeiter oder Gehilfen angegeben hätten.

Gegen diese amtlichen Darstellungen wagte niemand etwas einzubringen. Technisch peinliche Enthüllungen machte sodann ein Mitglied der Einschätzungskommission, das erklärte, man habe sogar festgelegt, daß doppelte Bücher geführt würden! Eine Firma mit 150 Arbeitern habe sich mit nur 300 000 M. eingeschätzt. Man müsse ein Trottel sein, wenn man solchen Angaben Glauben schenke. Ihm sei ein Gruseln angekommen, als er Deklarationen gelesen habe von Leuten, die einen Riesenaufwand treiben und ein jährliches Einkommen von 6000 M. angaben.

Auch der Stadtverordnetenvorsteher Dölling erklärte, er habe sich eine Auslese von Deklarationen gemacht und wenn man ihn zwinge, werde er auch mal die Namen preisgeben. Einer der größten Fabrikanten Markneukirchens habe sich mit nur 40 000 M. eingeschätzt. Wenn er den Namen angäbe und der Herr sei anwesend, dann würde ihm die Besammlung das Leder vollhauen. Einer der bekanntesten Geigenmacher, der 6 Gehilfen beschäftige, schätzte sich mit 19 000 M. ein und ein anderer, der ohne Gehilfen arbeite, mit 21 000 M.

Diese Enthüllungen sind ein solch krasser Beweis von materieller Eigenmäßigkeit und planmäßiger Steuerhinterziehung, daß es Sache des Staatsanwalts ist, sich damit zu beschäftigen. Im übrigen aber würde jeder Kommentar die Wirkung dieser Schilderungen nur abschwächen.

Liebesgaben

an die Versicherungsgesellschaften

Die Entente verlangt bekanntlich, daß die Zuschüsse zu den Lebensmitteln abgebaut werden. Prompt hat die Reichsregierung diesem Verlangen entsprochen. Um so anreizender muß aber jetzt die folgende Mitteilung wirken, die aus den Kreisen der Lebensversicherungen der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ zueht.

Wie mit Bestimmtheit verlautet, hat das Reichskabinett beschlossen, unter gewissen Voraussetzungen beträchtliche Summen für die durch den Sturz der Mark geschädigten deutschen Lebensversicherungsgesellschaften auszuwerfen. Näheres über Art und Größe dieser am 17. Januar beschlossenen Unterstützung ist bisher nicht bekannt und bedarf auch wohl der Festlegung durch die beteiligten Behörden und Wirtschaftskreise bis der Reichstag sein Blacet dazu geben kann.

Wie will die Regierung gegenüber der eigenen notleidenden Bevölkerung ein solches Verhalten verantworten, und wie gegenüber der Notwendigkeit, die Finanzen des Reiches in Ordnung zu bringen?

Hermes ist unerwünscht

Die Presse berichtete vor einigen Tagen, der Reichsminister Hermes habe es abgelehnt, den ihm angebotenen Botschafterposten in Washington zu übernehmen. Diese Meldung ist falsch. Nicht Herr Hermes hat es abgelehnt, nach Washington zu gehen, sondern die amerikanische Regierung hat ihn als unerwünscht bezeichnet, da sie einen Botschafter nicht anerkennen könne, gegen den ein vom Parlament eingeleitetes Untersuchungsverfahren schwebt.

Man sieht, die amerikanische Regierung stellt höhere Anforderungen an die persönlichen Qualitäten eines von ihr zugelassenen Botschafters als die deutsche Volksoverregierung an ihre Reichsminister. So bedauerlich die darin liegende Herbe Kritik an dem neuen Deutschland auch ist, so ist es doch eine gewisse Genugtuung, daß die Verantwortung dafür vor allen Dingen die nationalen Parteien trifft, deren besonderer Schützling Herr Hermes nach wie vor ist.

Das slawische Problem. „Moniteur Belge“, das offizielle Organ der belgischen Regierung hat nunmehr ein Gesetz veröffentlicht, das das sogenannte Zweiersystem in den Ministerien einführt. Hierdurch wird bestimmt, daß in jedem Ministerium Beamte vorhanden sein müssen, die die slawische Sprache beherrschen.

Der Generaldirektor Freiherr von ist zum Reichskommissar zur Ausführung von Wiederaufbauarbeiten in den zerstörten Gebieten und zum Präsidenten der Reichsrücklieferungskommission ernannt worden.

Betriebsräte im Aufsichtsrat

Ein Verlegenheitsprodukt

Obwohl das Betriebsrätegesetz im Januar 1920 verabschiedet worden war, hat sich der Reichstag erst am 1. Februar 1922, also zwei Jahre später, mit dem damals angeforderten Ausführungsgesetz über die Entsendung von Betriebsräten in den Aufsichtsrat befaßt. Genosse Aufhäuser kennzeichnete in der Debatte den § 70 des Betriebsrätegesetzes als ein Verlegenheitsprodukt.

Um die damals von der U. S. P. gestellte Forderung auf Mitwirkung der Betriebsräte in der Betriebsleitung abzuwenden zu können, hat man die Entsendung in den Aufsichtsrat als düstigen Ersatz versprochen. Die Entsendung der Betriebsräte hat aber nur einen Zweck, wenn der Zusammenhang zwischen der Delegation im Aufsichtsrat und den Betriebsräten durch die notwendigen Zusammenkünfte besteht. Aus diesem Anlaß beantragte die U. S. P. im Plenum erneut, daß bei Unternehmungen, deren Betriebe an verschiedenen Orten liegen, die Unkosten für die notwendigen Zusammenkünfte zur Berichterstattung der Aufsichtsratsmitglieder vom Unternehmer getragen werden müssen.

Aufhäuser wies ferner darauf hin, daß es unhaltbar sei, daß viele Tausende von Arbeitern und Angestellten, die in den sogenannten Gewerkschaften (Außen) beschäftigt sind, bei dem Aufsichtsratsgesetz völlig ausgeschaltet werden. Der Versuch der U. S. P. Vertreter im Ausschuß, durch einen gemeinsamen Initiativantrag eine entsprechende Aenderung des § 70 des Betriebsrätegesetzes herbeizuführen, sei an dem Widerstand der bürgerlichen Parteien gescheitert. Der Antrag der U. S. P. war dahin gegangen, daß in den Betrieben mit Gewerkschaftsform die Entsendung der Betriebsräte in den Vorstand der Gewerkschaft erfolgt. Die bürgerlichen Parteien einschließlich der Vertreter der christlichen Gewerkschaften hätten es sogar abgelehnt, auch nur einer Entscheidung zuzustimmen, durch die ein entsprechendes Gesetz verlangt wird. Es sei nur eine Entschlebung zur Annahme gelangt, wonach es der Regierung überlassen bleibt, in welcher Form sie die Vertretung der Bergarbeiter, der Grubenbeamten und der sonstigen Belegschaften von Gewerkschaften regeln will.

Neben dieser Entrechtung einer Masse von Arbeitern und Angestellten, haben die bürgerlichen Parteien aber ferner entgegen der Haltung ihrer Arbeitervertreter im Ausschuß auch die Wählbarkeitsbestimmungen für den Aufsichtsrat durch einen Antrag im Plenum wesentlich verschlechtert. Angesichts der Ausschaltung eines großen Teils der Bergarbeiter und Grubenbeamten von dem Gesetz, ferner angesichts der Unterbindung notwendiger Zusammenkünfte der Betriebsräte mit ihren Aufsichtsratsdelegationen, um schließlich angesichts der Verschlechterung des Wahlrechts hat deshalb die U. S. P. Fraktion in der Gesamtabstimmung das Gesetz abgelehnt.

Deutscher Reichstag

Mittwoch, 1. Februar

Präsident Eöbe eröffnet die Sitzung 1 Uhr 15 Minuten.
Den Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses über die Entsendung von Betriebsräten in den Aufsichtsrat erstattet Abg. Siebel (SPD).

Abg. Aufhäuser (USP.):

Aufsichtsrat und Betriebsrat scheiden sich wie Feuer und Wasser. Diese Gegensätze sind auch nicht dadurch aus der Welt zu schaffen, daß man etwa nach dem Rezept des Herrn Lambach den Arbeitern keine Aktien verabreicht. Wie wenig die Gegensätze damit aus der Welt geschafft sind, hat die Fraktion des Herrn Lambach an sich selbst erfahren, indem es bei ihr noch nicht einmal möglich war, die Fraktion geschlossen Stellung zum Gesetz nehmen zu lassen. Man redet viel von der mangelnden Befähigung der Arbeiter als Aufsichtsräte. Die Aufsichtsräte der Aktiengesellschaften sitzen nicht da, weil sie besondere Kenntnisse mitgebracht haben, sondern weil sie bestimmte Positionen in der bürgerlichen Gesellschaft einnehmen. Offiziere a. D., Exzellenzen, teilweise auch Minister a. D. sitzen in den Aufsichtsräten. Das dürfte dafür sprechen, daß nicht die Befähigung, sondern andere Momente für die Entsendung maßgebend sind.

Protektion und Betrügerwirtschaft

waren bisher viel gewichtiger Faktoren für die Entsendung. Wenn man da immer damit kommt, daß die Arbeiter nicht befähigt seien, in diesen Körperlichkeiten vollwertig mitzuwirken, so zeigen die vorgeführten Tatsachen, daß das nicht die wahren Gründe sind. Wir hatten in der Unabhängigen Partei die Forderung aufgestellt, daß die Arbeiter und Angestellten an der Betriebsleitung beteiligt werden sollen. Wir halten dies auch heute noch für notwendig. Lediglich um diese grundsätzliche Forderung abzuwehren, hat man damals erklärt, daß man den Arbeitern einen Sitz im Aufsichtsrat der Gesellschaft einräumen wolle. Auffällig ist, daß ein so langer Zeitraum seit Annahme des Betriebsrätegesetzes (Januar 1920) verstrichen mußte, ehe das Ausführungs-

gesetz an den Reichstag gelangte. Das ist nicht etwa auf technische Gründe zurückzuführen. In die Vorlage der Regierung sind einige Verbesserungen aufgenommen worden. Wenn man aber von einer Demokratisierung des Aufsichtsrats sprechen will, so ist das durchaus unzutreffend. Eine ausreichende Vertretung der Arbeiter und Angestellten gibt das Gesetz bei weitem nicht. In jedem Falle bleibt diese Vertretung nur ein oder zwei Personen, obwohl in manchen Aufsichtsräten 40 und mehr sitzen.

Wir geben uns keinen Illusionen hin.

daß durch dieses Gesetz die Unternehmen kontrolliert werden könnten. Die Aufsichtsräte üben ohnehin eine sehr dürftige Kontrolltätigkeit aus. Das einzelne Aufsichtsratsmitglied hat keine Möglichkeit, von sich aus in den Betrieb einzugreifen. Dazu ist immer der Beschluß des Kollegiums notwendig. Darin aber werden die Arbeiter stets in einer verschwindenden, hoffnungslosen Minderheit sich befinden. Soll die Vertretung der Arbeiter und Angestellten einen Sinn haben, so ist Voraussetzung, daß keine überspannte Vertraulichkeit den Aufsichtsratsmitgliedern auferlegt wird. Es haben ja auch bisher die Aufsichtsräte durchaus nicht immer so dichtgehalten, wie es nach dem Gesetz den Anschein haben könnte. Es müssen Sicherungen getroffen werden, daß mit der Vertraulichkeit kein Unfug getrieben werden kann, der die ganze Mitwirkung der Arbeiter und Angestellten illusorisch macht. Deshalb halten wir es für notwendig, daß ein innerer

Zusammenhang zwischen den Betriebsräten im Aufsichtsrat

und den übrigen Betriebsräten hergestellt wird. Aber die Ausschüsseberatungen haben ergeben, daß man mit allen Kräften verhindern will, den Betriebsräten aus den Aufsichtsratsitzungen die Berichterstattung gegenüber den übrigen Betriebsratsmitgliedern zu ermöglichen.

Nichtig ist, daß sehr weitgehende Bestimmungen zum Schutze der Minderheit geschaffen werden müssen. Das ist im Gesetzentwurf geschehen. So wie zwei Mitglieder einer Gruppe im Betriebsrat sind, sollen sie auch das Recht haben, eine Vertretung in den Aufsichtsrat zu entsenden. Den Minderheitsschutz weiter zu treiben, wird niemand verantworten können. Wenn man, wie es die Deutschnationalen beantragen, einer Minderheit, die nur eine Person umfaßt, das Recht geben wollte, sich selbst in den Aufsichtsrat zu entsenden, so geht das denn doch entschieden zu weit. Die Bergarbeiter sind auch nach Annahme dieses Gesetzes weniger minder. Die Nationalversammlung hat den Bergarbeitern versprochen, daß auch ihnen ein erhöhter Einfluß auf Kontrolle und Verwaltung verschafft werden soll. Als wir den Antrag stellten, den Bergarbeitern eine Vertretung im Grubenvorstand zu geben, sagte man, das wäre mehr, als man den Arbeitern und Angestellten in den anderen Unternehmungen gebe. Gewiß haben die Vorstände der Gewerkschaften weitgehende Befugnisse als die Aufsichtsräte der Aktiengesellschaften. Aber solange diese rechtlichen Verschiedenheiten bestehen, muß man dem Rechnung tragen, und nicht den Arbeitern und Angestellten einfach eine Vertretung unmöglich machen. Es ist Pflicht des Reichstags, vor Verabschiedung des Gesetzes dem Bergarbeitern eine gleichberechtigte Mitwirkung zu sichern. Wir sind uns vollkommen klar darüber, daß auch mit der Annahme unserer Anträge der Einfluß der Arbeiter und Angestellten durchaus gering bleibt. Wir betrachten die durch das Gesetz geschaffene Grundlage als einen Kampfboden, auf dem das Ziel zu erreichen versucht werden wird, die alleinige Bestimmung in der Produktion demjenigen zu übertragen, die tätig die Arbeit leisten. (Lebh. Beifall bei den U. S.)

Ein Ministerialdirektor: Die Regierung ist zu einem Entgegenkommen zur reichsgesetzlichen Ausgestaltung der bergrechtlichen Bestimmungen geneigt. Aber der Antrag, Vertreter der Arbeiter und Angestellten in den Grubenvorstand zu entsenden, geht weit über den Rahmen des Gesetzes hinaus. Den Antrag, einen Reichstagsausschuß an der Ausarbeitung des Wahlverfahrens zu beteiligen, bitte ich abzulehnen. Sie können das Vertrauen zur Regierung haben, daß sie tun wird, was notwendig ist. Damit ist die Debatte geschlossen.

Der Antrag, auch die bergrechtlichen Bestimmungen so umzugestalten, daß den Bergarbeitern eine Vertretung in den Gewerkschaften gewährleistet ist, wird einstimmig angenommen. — Der Antrag der Deutschnationalen betreffend den Minderheitsschutz wird abgelehnt. Ebenso der Antrag Ledebour-Müller, einen Reichstagsausschuß an der Ausarbeitung des Wahlverfahrens mitzubeteiligen.

Hiermit ist die zweite Lesung erledigt. In der dritten Lesung beantragt
Abg. Aufhäuser (U. S. P.), die soeben beschlossene Beschränkung des Wählbarkeitsrechts aufzuheben. Der § 30 des Betriebsrätegesetzes ist oft dazu mißbraucht worden, mißliebige Betriebsräte in den Aufsichtsrat auszuschließen.

Abg. Siebel (S. P. D.): Wir müssen Protest einlegen gegen das Verfahren, die Bestimmungen über die Wählbarkeit von Betriebsräten in den Aufsichtsrat zu verschlechtern. Mit dem § 60 des Betriebsrätegesetzes haben wir bereits sehr trübe Erfahrungen machen müssen. Der von den Demokraten gestellte Antrag bedeutet eine moralische Bestrafung eines unter Umständen durchaus befähigten Betriebsratsmitgliedes.

Der Antrag Aufhäuser wird abgelehnt und der Gesetzentwurf Johann in der Gesamtabstimmung gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten angenommen.

Es folgt die

Fortsetzung der Haushaltsberatung.

Die Beratung wird nach den Ausführungen der Abg. Curt Geiger (R. A. G.) und Fröhlich (Komm.) beendet. — Nächste Sitzung Donnerstag, 7. Februar, nachmittags 8 Uhr. Tagesordnung: Reichsmietengesetz.

„Temps“ zur Ernennung Rathenaus

Paris, 1. Februar.

„Temps“ schreibt zur Ernennung Dr. Rathenaus zum Minister für auswärtige Angelegenheiten: Der Mann, der jetzt in die Wilhelmstraße eingezogen sei, bringe Qualitäten mit — Organisationsgabe, Voraussicht —, die lange vor dem Kriege zu Tage getreten seien und schon 1914 in anderen öffentlichen Ämtern Verwendung gefunden hätten. Das Blatt weist auf die Leitung der deutschen Rohstoffversorgung durch Rathenaus während des Krieges hin und sagt, Rathenaus werde wahrscheinlich im Frieden sein, was er während des Krieges war, und, wie seine Qualitäten Deutschland geholfen hätten, den Krieg auszuhalten. Könnten sie auch Europa helfen, den Frieden zu besiegeln, denn er sei der Ansicht, daß Deutschland des Friedens bedürfe wie die anderen Nationen. Aber, um mit ihm von Angesicht zu Angesicht arbeiten zu können, gelte es, ebenso weit zu blicken wie er. Es gelte, unaufhörlich, wie Rathenaus, bereit zu sein, an allen neuen Möglichkeiten zu denken und unaufhörlich den Wandlungen der scheinbar starren Probleme zu folgen.

Die Lex Häberlin

Das schweizerische Ausnahmengesetz

Bern, 1. Februar.

Der Nationalrat hat mit 107 gegen 34 Stimmen den Gesetzentwurf über die Revision des Bundesstrafrechts angenommen, durch welchen nicht nur die Beteiligung an Unruhen, welche die Sicherheit des Staates bedrohen, sondern auch die Vorbereitung derselben bestraft wird. Gegen die Vorlage stimmten die Sozialisten und die Kommunisten. Der Entwurf bedarf nur noch der Genehmigung durch das Volk.

Wir hatten seinerzeit in einem längeren Artikel dieses als Lex Häberlin bezeichnete schweizerische Ausnahmengesetz gegen die Arbeiterbewegung besprochen. In seiner neulichen Ansprache im Großen Säulensaal wies unser Genosse Grimm-Schweiz darauf hin, daß das neue Ausnahmengesetz das Bismarcksche Sozialistengesetz an Schärfe noch übertreffe. Er deckte auch die wahren Ursachen dieses Vorgehens der freien Schweizer Demokratie auf: Es ist die Bankrotterklärung der Kapitalisten, die in der schweren Krise, in der sich das Land befindet, keinen anderen Ausweg finden, als Ausnahmengesetze gegen die Arbeiterchaft zu erlassen. Hoffen wir, daß das schweizerische Volk in seiner Gesamtheit die Lex Häberlin zum Teufel jagt und das Land vor der fragwürdigen Ehre bewahrt, als Hausknecht gegen den Sozialismus zu figurieren.

Internationale sozialistische Konferenz

Paris, 1. Februar. W. I. B.

Ende dieser Woche tritt in Paris eine internationale Sozialistenkonferenz zusammen, an der Vertreter der deutschen Sozialdemokratie und der Unabhängigen Sozialistischen Partei teilnehmen werden, ferner die Vereinigte sozialistische Partei Frankreichs, die englische Labour Party, die englische Independent Labour Party und die englische Trade Union, sowie Vertreter der Sozialistischen Parteien Belgiens, Italiens usw. Die Konferenz hat die Aufgabe, das Reparationsproblem und die Frage des wirtschaftlichen und finanziellen Wiederaufbaus Europas zu besprechen.

Eine internationale Gewerkschaftsbund

Brüssel, 1. Februar. W. I. B.

Vertreter der genossenschaftlichen Internationalen aus der Schweiz, Belgien, Frankreich, England, Rußland, der Tschechoslowakei und Schweden hielten im hiesigen Volksklub eine Beratung über die Möglichkeit der Gründung einer internationalen Bankorganisation ab, die gewerkschaftlichen Zwecken dienen soll. Es wurde eine Kommission von Sachverständigen beauftragt, die Frage durchzubearbeiten, und im April dem Verband internationaler Gewerkschaften, der in Mailand tagt, Bericht zu erstatten.

Streik der städtischen Arbeiter?

In einer überfüllten Funktionärversammlung des Lohnartikels der städtischen Arbeiter in Kiems Festhalten wurde mit großer Mehrheit nach einem Bericht des Bevollmächtigten Vagotschinskis von den Verhandlungen über den Manteltarif der Vorlage des Einigungsamtes abgelehnt, da er eine wesentliche Verschlechterung des Mitbestimmungsrechts und der Arbeitszeit bedeute. Es wurde beschlossen, sofort die Urabstimmung über den Streik vorzunehmen. Das Ergebnis ist schnellstens dem Staats- und Gemeindearbeiter-Verband, Johannisstraße 14/15, mitzuteilen.

Lebensmittel

Eisbeine	11 ⁵⁰	Kaffee	21 ⁰⁰ 24 ⁰⁰
(gepökelt) Pfund		frisch gebrannt 1/2 Pfund	

Frisches Fleisch		Margarine		Weizenmehl		Camembert		Wurstwaren	
Suppenfleisch Pfund 12 ⁰⁰	Speisefett Pfund 25 ⁰⁰	Tafelreis Pfund 7 ⁸⁰	Harzer Käse	Pfund 13 ⁰⁰	Rotwurst Pfund 18 ⁰⁰
Schmorfleisch	mit Knochen Pfund 14 ⁵⁰	Rindertalg Pfund 25 ⁰⁰	Bandnudeln	Pfund 9 ⁰⁰	Brie-Käse	Pfund 16 ⁰⁰	Leberwurst Pfund 18 ⁰⁰
Kalb-Vorderfleisch	.. Pfund 14 ⁰⁰	Pflaumenmus	Pfd. 7 ⁵⁰	Weißbohnen	Pfd. 3 ⁹⁰	Quadratkäse	Pfund 18 ⁰⁰	Landleberwurst Pfund 26 ⁰⁰
Kalbs-Keule Pfund 16 ⁰⁰	Marmelade	.. Pfund 6 ⁹⁰	Gerste (gebrannt)	Pfd. 6 ⁸⁰	Romadour Stück 8 ⁵⁰	Jagdwurst Pfund 26 ⁰⁰
Hammelfleisch Pfund 15 ⁰⁰	Monopol-Branniweine				Stonsdorfer Flasche 3 ⁹⁰	Große Mettwurst Pfund 28 ⁰⁰
Hammel-Keule Pfund 17 ⁰⁰	Kümmel Flasche 31 ⁰⁰	Henriot Weinbrand	Flasche 63 ⁰⁰	Schinkenspeck Pfund 26 ⁰⁰	Leberwurst ca. 2-Pfund-Dose 14 ⁵⁰
Schweinefleisch Pfund 27 ⁰⁰	Klarer Flasche 31 ⁰⁰	Salzheringe groß Stück 75 ⁰⁰	Rotwurst ca. 2-Pfund-Dose 14 ⁵⁰		
Gehacktes Pfund 15 ⁰⁰	Aquavit Flasche 34 ⁰⁰	Grüne Heringe Pfund 5 ²⁰				

Weisse Woche	Louisiana Deckbettbreite	Meier	39 ⁵⁰
	Körperbarchent	geblickt	22 ⁸⁰
	Sportflanell	schöne Streifen	24 ⁵⁰

Jandorf

Belle-Alliance-Str.

Sr. Frankfurter Str.

Brunnenstr.

Kottbuser Damm

Wilmerdorfer Str.

Billige Lebensmittel

Camembert Schafel 5⁰⁰
Harzer Käse Pfund 13⁰⁰
Spitzkäse Stück 2²⁵
Landkäse Stück 4⁷⁵
Briekäse Pfund 16⁰⁰
Goudakäse Pfund 22⁵⁰
Margarine Pfund 22⁵⁰
Tafelmargarine Pfund 24⁰⁰
Kokosfett Pfund 26⁰⁰
Kunsthonig 1-Pfund-Paket 6⁵⁰
Marmelade Pfund 6⁵⁰
Pflaumenmus Pfund 7⁵⁰

Sprossen Pfund 13⁵⁰
Makrelbücklinge Pfund 14⁰⁰
Spiegelkarpfen lebend. Pfund 20⁰⁰ 24⁰⁰
Goldbars Pfund 5⁵⁰
Frisch. Seelachs kopflos, im Ganzen, Pfd. 5⁵⁰
Grüne Heringe Pfund 5⁵⁰
Hasen gestreift Pfund 14⁰⁰
Hirschfleisch Pfund von 10⁰⁰ an
Gefr. Kaninchen Pfund 6⁰⁰

Leipziger Strasse Alexanderplatz

Frisches Fleisch

Kalbsskamm Pfund 14⁰⁰
Kalbskeulen Pfund 16⁰⁰
Schmorfleisch Pfund 17⁰⁰
Suppenfleisch Pfund 15⁰⁰
Gehacktes Pfund 16⁰⁰
Hammelfleisch gefror. 10⁰⁰
Schweinenieren gefror. 8⁰⁰

Rotwurst Pfund 19⁵⁰
Landleberwurst Pfund 19⁵⁰
Sülzwurst Pfund 20⁰⁰
Jagdwurst Pfund 27⁰⁰
Bauernmehlwurst Pfund 26⁰⁰
Melzwurst Pfund 28⁰⁰
Delikatess-Sülze Pfund 16⁰⁰
Zervelatwurst Pfund 36⁰⁰
Schinkenwurst Pfund 36⁰⁰
Teewurst Pfund 34⁰⁰

Kaffee-Ers. Misch. 11⁰⁰
Tafelreis Pfund 7⁵⁰
Backobst Pfund 11⁰⁰
Weizengriess Pfund 7⁵⁰
Maispuder Pfund 6⁰⁰
Nudeln Pfund 9⁴⁰
Äpfel Pfund 3⁰⁰
Kochbirnen Pfund 3⁰⁰
Blutorangen 5 Stk von 1²⁵ an
Kohlrüben Pfund 50⁰⁰
Schnittlauch Topf 2⁵⁰
Sellerie Pfund 3²⁵

Bohnen in Schweinefett, Dose ca. 1 Pfd. 3²⁵
Blutwurst 2-Pfd.-Dose 14⁷⁵
Dosen-Leberwurst keine ausgewogen. Pfund 10⁰⁰

Haereskost 9⁰⁰
Weizenflocken in 1-Pfund-Paket 6⁵⁰

Rindfleisch 24⁵⁰
Montagna-Natur-Rotwein 16⁰⁰

1919er Niersteiner 22⁵⁰ 200⁰⁰
1919er Weinheimer Berg 22⁵⁰ 200⁰⁰

Probieren Sie bitte unsere Qualitätsweine
 Preise ohne Flasche, Flaschenzuschlag 1 Mark. 20% Weinaufzuschlag. Vergütung für 1/2 Flasche 2 Mark

1919er Brauneberger 22⁵⁰ 200⁰⁰
1917er Dürk. Feuerb. 17⁵⁰ 165⁰⁰

Weinbrand-Verschnitt** in Qualität 29⁰⁰ 56⁰⁰
A.ter deutscher Weinbrand*** 32⁵⁰ 62⁵⁰



Qualitäts-Apfelwein 6⁷⁵ 65⁰⁰
Montagna-Natur-Rotwein 16⁰⁰ 150⁰⁰

Theater u. Vergnügungen

Volkstheater 7 1/2 Uhr: **Die Gezeiten**
Kammerspiele 8 1/2 Uhr: **Unser**
Großes Schauspielhaus 7 1/2 Uhr: **Schwed. Ballett**

Theater u. d. Königsgraben 7 1/2 Uhr: **Die Gezeiten**
Kreisler
Die Ehe im Kreise

Komödienhaus Karussell mit Maria Orska
Berliner Theat. Täglich 7.30 Uhr:
Prinzessin Olala mit Emmy Stura

Casino Theater

Komische Oper
Der Herr der Welt
ROTTER-BÜHNEN
Trianon - Theater

Circus Busch
Neuer Monat! Neue Sensationen!
Die Schlange der Durga

Theater am Kolonnenplatz
Die Ehe im Kreise
Die Mondscheindame

Tüchtige branchekundige Verkäuferinnen

für **Korsetts** sofort gesucht
 Meldungen: 1-2 Uhr mittags
 5-6 Uhr abends

A. Jandorf & Co.
 Kottbuser Damm 1

Spezial-Behandlung für Geschlechtsleiden
C. Weissert
 Brunnenstr. 101, i. Nähe Rosenthaler Platz

Neue Welt
Elite-Tag Bockbier-Fest
Großes Schweineschlachten

Dixin



Preis das Paket Mk. 4.-

Deutscher Metallarbeiter-Verein
Verwaltungskasse
Verfammlung
 aller in der Knopf-Industrie beschäftigten Kolleginnen und Kollegen

Verfammlung
 1. Bericht von den Vorstandsarbeiten
 2. Haushaltsrechnung
 3. Verschiedenes
Die Ortsverwaltung

Günstige Angebote in
Amor. Opus. Schal. - Trag. 6500
A. Klass & Co.
Altmetalle
Meine Reliquien

Uroebot für Bibliotheken
Die Kommune
Buchhandlung „Freiheit“
Peruvlanla
Gänsefedern

Helene Müller
Verkauf
Wider, Kunstblätter

Botenfrauen sofort gesucht
Austragelohn
Abonnement M. 4.20

Expedition Wuykn
Choriner Straße 68
„Freiheit“-Ausgabestelle
Charlbg., Wallstraße 4
Expedition E. Vels
Rosenthal, Niederstr. 3
Expedition Kolbe
D, Weberstraße 25
Expedition Wengels
D, Cadiner Straße 11
Expedition Schäfer
W, Gneisenaustraße 70
Expedition Stimming
Lichtenberg, Weichselstraße 28
Expedition Wiese
Neukölln, Neckarstraße 3
Expedition Vamberger
Reinickd.-St., Residenzstr. 124
Expedition Lohmann
Huffitenstraße 43
Expedition Gliche
Pankstraße 60 (Laden)

Jeder Parteigenosse! muß es sich zur Pflicht machen, einen Abonnenten zu gewinnen!

Ausschneiden!

Der Unterzeichnete bestellend

1 Exemplar der zweimal täglich erscheinenden Zeitung

„Freiheit“

Berliner Organ der unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

unterhaltungsbelegten „Freie Welt“, „Frauenwelt“ u. „Jugend-Gemischte“ zum Preise von Mk. 21.- monatlich, Mk. 10.50 halbjährlich, oder an die Hauptexpedition, Berlin C. 2, Breite Str. 5-9, einzuliefern.

Name: _____
 Ort: _____
 Straße: _____

Per sofort gesucht:

Telephonistin

welche in größeren Privat-Betrieben tätig war u. das Glühlampen-System kennt

Meldungen in der Zeit von 11-12 Uhr vormittags und 5-7 Uhr nachmittags

Kaufhaus des Westens
 G. m. b. H.
 Berlin W 50, Tauentzienstr. 21-24

Briefwechsel zwischen Schiller u. Goethe
 302 Seiten stark und gut gebunden je 8.- Mk.
 Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C. 2, Breite Straße 5-9

Kleine Anzeigen

Verkäufe
Möbel

Kaufgesuche
Werkzeuge u. Maschinen
Arbeitsmarkt

Neid

Von Paul Padan

Der Hügel am Grunowsee hat sich in den Schneemantel gehüllt. Im weiten Umkreis ist alles weiß, und aus der Tiefe glänzt und gleißt das Eis des Sees in der Sonne.

Auf der weißen Decke stehen in weiten Abständen dünnstämmige, kahle Kiefern, schwarz und wie verwaist, verlassen und verloren.

Aber die Sonne, eine blanke Sonne am blauen Winterhimmel, bringt auf den Bergeshängen einen warmen, weichen Schimmer. Auf den leuchtenden Hügel, in der heitern Sonne, herrscht ein helles, buntes Leben von Kindern mit Schlitten und Schneeschuhen. Pulse bebend, Waden brennend, Beine bewegen sich unermüdet hügelunter, hügel auf. Tausend Stimmen schwingen und klingen um die kahlen Kiefernstämme, und ist ein Lachen und Jubeln ohne Gleichen. Das weiße Glück der Großstädtkinder!

Plötzlich ein Schrei des Schmerzes und des Schreckens. Die tausend Stimmen verstummen, und alles steht und starrt. Über bald löst sich die Erstarrung, das Leben ist wieder laut und lachend. Man redet und lacht hinunter, um zu erfahren, was sich ereignet hat.

Am Fuß des Hügels liegt ein Knabe in dünner, dürftiger Kleidung. Die Augen geschlossen, den Mund halb geöffnet, mit blutleerem Gesicht, in dem früher schon Rot und Hunger mit hartem Griffel ihre häßliche Zeichnung hinterlassen haben. Er ist vom Kodelschlitten gestürzt, hat sich im Sturz überschlagen, wurde an ein paar Kiefern geschleudert und liegt nun hier unten, anscheinend schwerverletzt. Jetzt schreit er nicht mehr, sondern wimmert nur in verhaltenem Weh. Ein schwarzer Schwarm umfliegt ihn und schwebt, wie das alles wohl gekommen sei. Schließlich heben zwei Männer den Verletzten vorsichtig auf und tragen ihn zum nächsten Arzt.

Der Schwarm schleicht auseinander. Der Verunglückte ist schnell vergessen, und mit Hurrah und Hallo geht es wieder auf dem weissen Schneefeld des Hügels herauf und hinunter.

Auf dem Weg, der zum See hinunterführt, stehen zwei Herrn und sprechen über den Unglücksfall.

„Wie ist es nur gekommen?“ fragt der eine.

Der Angeredete räuspert sich, sieht sehr ernst und mit der Miene eines unbefriedigten Richters drein, dann antwortet er:

„Ja, sehen Sie, das sind so Sachen. Der Junge, den man da vorher aufgehoben und weggetragen hat, war ein Prospektierler, irgendwo aus einem Hinterhaus. Das sah man doch so an allem. Der muß natürlich auch herkommen und todeln. Und warum, frage ich. Natürlich, weil er neidlich darauf ist, daß unsere Kinder todeln. Diese Leute müssen heute alles haben, was wir haben. Es ist eine tolle, zuchtlose Zeit. Ich frage Sie, war' das früher, als wir noch in geordneten Zuständen lebten, möglich gewesen, daß so'n Junge hier zu uns nach dem Grunowsee todeln gekommen wäre? Ich sage Nein, und tausendmal Nein. Aber dieser Neid rächt sich, und Hochmut kommt vor dem Fall. Schuster bleib bei deinem Leisten! Auch das Kodeln will gelernt sein. Davon hatte der Junge natürlich keine Ahnung, ich bitte Sie. Und nun hat er sich die Knochen gedrochen.“

Das predigt er wie ein Pastor, dem das sogenannte Wort Gottes wie ein Ritz in der Kehle steckt, so daß er geschwollen und gepreist sprechen muß.

Diese Worte eines hervorragenden Kenners des Kinderherzens und wirklichen Menschenfreundes hören zwei Arbeiter, die die Eisbahn des Sees gefegt haben und nun nach Hause wollen.

„Da hörste es, Maxe, meint der eine, die Hasenbunde gönnt Unferrenen nicht de Luft. So'n Stide is neidlich dabruß, daß uns're Kinder sich noch uff den Schnee dajnußen!“

Das Reichsbankdirektorium gegen Berlin

Die neuen 50-Pfennig-Scheine verschwinden.

Vom Nachrichtenamt des Magistrats wird mitgeteilt:

Die weitere Herausgabe ihrer neuen 50-Pfennig-Scheine ist der Stadt Berlin von der Reichsbankbehörde untersagt worden. Das Reichsbankdirektorium kann nicht anerkennen, daß in Berlin noch ein Bedürfnis für 50-Pfennig-Scheine besteht. Die bisher vorausgabten städtischen Scheine sind leider in großem Umfang von den Notgeldbancaliern einbehalten worden. Die Stadtfälle kann danach weiteren Bedarf an 50-Pfennig-Scheinen nur noch dadurch decken, daß sie die schon eingezogenen alten städtischen

Scheine wieder in den Verkehr gibt. Der angegebene Grund des Reichsbankdirektoriums ist in keiner Weise stichhaltig, denn ob ein Bedürfnis für 50-Pfennig-Scheine besteht oder nicht, können die Herren, die gewöhnt sind, selbst in ihrem Privatverhältnis mit großen Summen zu rechnen, nicht entscheiden. Falls sie gelegentlich einmal anstatt des gewohnten Autos eine Straßenbahn benutzen, können sie von jedem Schaffner hören, daß auch heute noch ein großer Mangel an 50-Pfennig-Scheinen besteht. Es scheint beinahe so, als ob das Reichsbankdirektorium der Stadt Berlin das Geschäft mäkelt, daß sich für die Stadt bei der Herausgabe der neuen 50-Pfennig-Scheine nebenbei ergeben hat. Es ist bekannt, daß eine große Anzahl Sammler die Serien dieser Scheine aufgenommen haben und damit der Stadt Berlin einige Millionen Extraverdienst verschafft. Damit ist aber niemand geschädigt worden, denn die Kasse, die imstande sind, Geld zu sammeln, müssen es ja auch dazu haben. Auf diese braucht keine Rücksicht genommen werden, wenn dadurch der unter der Finanzmiserie ganz besonders leidenden Stadt Berlin eine unvorhergesehene Einnahme zufließt.

Kleine Städte sollen durch Ausgabe von Notgeld, das für Sammler einen besonderen Reiz hat, in der Lage gewesen sein, ihre arg zerrütteten Finanzen wieder aufzubessern. Für Berlin konnte leider nicht ein solcher Umfang der Abnahme der neuen Scheine von Sammlern angenommen werden. Die Maßnahme des Reichsbankdirektoriums ist völlig unverständlich.

Widersprochen werden muß aber auch der gestellten Maßnahme des Reichsbankdirektoriums, die bereits eingezogenen alten 50-Pfennig-Scheine wieder auszugeben. Diese sind zum großen Teil in einem so verfallenen Zustand, daß sie mit Recht als Zahlungsmittel abgelehnt werden. Die Stadt Berlin muß es durchsehen, daß zum mindesten für alle eingezogenen alten 50-Pfennig-Scheine neue herausgegeben werden können. Sollte das Reichsbankdirektorium das ablehnen und seinerseits nicht sofort für genügend Kleingeld sorgen, dann wird man eben an anderer Stelle über das Reichsbankdirektorium zu reden haben.

Auch ein Rekord

Die Berliner Feuerwehr hatte am Dienstag eine Höchstzahl von 55 Alarmen zu verzeichnen. Insgesamt wurde die Berliner Feuerwehr im Januar d. J. nicht weniger als rund 600 mal in Tätigkeit gesetzt. Die Wehren von Groß-Berlin, einschließlich der Berliner, wurden in fast 1000 Fällen alarmiert. Die Brandstiftung hat durch diese Fälle von Ereignissen und die anschließende Zahl von Grobverurteilungen eine erhebliche Bereicherung erfahren. Selbst bei Naturereignissen, Wollendrägen usw. sind die Wehren von Groß-Berlin nicht so häufig in Anspruch genommen worden, wie in diesen letzten Tagen, wo Alarm auf Alarm folgte und an einzelnen Tagen gegen 100 selbst die ältesten Feuerwehrmänner überraschten, denn eine solche Häufung innerhalb mehrerer Tage war ein Ereignis letzter Art.

Gestern hatte die Berliner Wehr einen größeren Kellerbrand in der Landberger Str. 48 zu löschen, was mit mehreren Schlauchleitungen gelang. Eine Frau Bähr erlitt dabei eine Rauchvergiftung und mußte sofort von der Wehr in ein Krankenhaus gebracht werden. — Am Mittwoch früh um 6½ Uhr stand der Dachstuhl des Hauses Dorotheenstr. 12, Ecke Prinz-Luisen-ferdinand-Strasse (Dorotheensstädtisches Realgymnasium) in Flammen. Der 4. Kompanie glückte es, den Brand einzudämmen und dann schnell zu löschen, so daß der Schulerwerb keine Unterbrechung erleidet. Ein dritter größerer Brand rief die Wehr nach der Lange Str. 86, wo ein Schuppen auf dem Hofe brannte und ebenfalls tüchtig gelöscht werden mußte. Der 5. Zug wurde nach der Köpenicker Str. 111 beordert, wo in einer Fabrik auf dem Hofe im 3. und 4. Stockwerk Immobilien in Brand geraten waren, so daß längere Zeit gelöscht werden mußte. Neben eines Vadenbrandes rüsteten zwei Züge nach der Marburger Str. 17; auch hier brannten Petroleum, Öle, Fette und Benzol. Die Inhaberin Lina Mangow erlitt Brandwunden, die ihre Ueberführung in ein Krankenhaus erforderlich machten. Schäden u. a. brannten in der Rathenower Str. 79 in solcher Ausdehnung, daß der 15. Zug mit stärkstem Kaliber Wasser geben mußte, um die Flammen zu löschen. Außerdem mußten zahlreiche kleinere Brände gelöscht und zahlreiche Ueberschwemmungen beseitigt werden.

Arbeiter-Bildungsschule U S D

Der Kursus des Genossen Stein über „Die soziologischen und ökonomischen Grundlagen des Marxismus“ wird heute, Donnerstag, fortgesetzt. Genosse Stein wird die am Eröffnungsabend durchgenommenen Partien einleitend kurz wiederholen, so daß auch neu hinzukommende Teilnehmer den weiteren Ausführungen ohne jede Schwierigkeit werden folgen können. Beginn pünktlich um sieben Uhr abends.

Krise in den städtischen Betrieben?

Die Verhandlungen über den Manteltarif.

Eines der Berliner Sensationsblätter brachte gestern mittag die Nachricht von einem bevorstehenden Streik der Berliner Straßenbahner. Diese Nachricht ist unzutreffend. Sie wurde wohl erzeugt von der Tatsache, daß sich die Verhandlungen über den Manteltarif für die städtischen Arbeiter und Angestellten außerordentlich schwierig gestalten. Die Verhandlungen haben am Dienstag bis in die Nacht hinein gemährt, wurden gestern von mittags bis nachmittags 5 Uhr fortgesetzt und werden auch heute noch weiter geführt werden.

Ein Umstand ist allerdings keineswegs dazu angetan, die schon durch die Materie nicht ganz einfachen Verhandlungen über den Manteltarif zu erleichtern und zu beschleunigen: das ist die Faltung der bürgerlichen Parteien im Rathaus. Solange die bürgerlichen Parteien fortfahren zu fordern, daß die finanzielle Gesundheit der Berliner Straßenbahn auf Kosten sozialpolitischer Zugeständnisse an die Straßenbahner erfolgen solle, wird natürlich eine lebhafte Beunruhigung in die städtische Arbeiterschaft hineingetragen. Diese Parteien tragen zu einem nicht geringen Teile die Schuld daran, wenn sich die Verhandlungen so schwierig gestalten, und vielleicht zu ersten Komplikationen führen sollten.

Es ist nicht anzunehmen, daß die Verhandlungen vor Beginn der heutigen Stadinerordnetenitzung so weit gediehen sein werden, um eine Verhandlung der Vorlage über die Erhöhung des Straßenbahntarifs schon in der heutigen Plenarsitzung möglich zu machen, da ja die Zustimmung eines Teiles der Versammlung, vor allem der deutschen nationalen Partei von der Erledigung des Manteltarifs abhängt. Auf der anderen Seite fehlen noch völlig die Garantien, die die Fraktion der USB mit Recht fordert, bevor eine andere Gestaltung des Straßenbahntarifs überhaupt diskutabel wird. Unsere Rathausfraktion fordert nach wie vor, daß der Magistrat endlich die Vorschläge, die von unserer Seite wiederholt gemacht worden sind, durchführt.

Ein journalistischer Erpresser

Der Herausgeber des Sensationsblattes „Neueste Nachrichten“, Arthur Keil, und der Detektivjournalist Max Lewandowski haben gestern unter der Ankage der Erpressung vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte. Der schon recht schwer vorbestrafte Keil pflegt in seinem Standardblatt sensationell aufgemachte Notizen zu veröffentlichen, die nach seiner Behauptung Abschlüsse im öffentlichen Leben gipfeln sollen. So hatte er die Absicht, auf Grund ihm gewordener Nachrichten, einen sensationellen Artikel über die „Kasernen“ der angehenden Offizierskinder zu veröffentlichen, die durch ein 14-jähriges Mitglied des Prinz-Balletts habe vorkommen lassen, zu veröffentlichen. Der Angeklagte Lewandowski wurde zu dem Bankier hingeführt, und dieser machte ihm Mitteilung von dem bevorstehenden Veröffentlichung des Artikels und erklärte, daß sich wohl ein Unterbreiben der Veröffentlichung ermöglichen ließe, wenn, wie der Bankier behauptete, an der Sache nichts Wahres sei und die schon entstandenen Kosten in Höhe von etwa 2000 M. ersetzt werden würden. Er riet dem Bedrohten, eine persönliche Rücksprache mit dem Angeklagten Keil zu nehmen. Dies geschah auch.

Vorher war aber der Kriminalkommissar Dr. Kopp bemerkt, liegt worden, der Gelegenheit fand, die Unterbrechung ungekehrt mit anzuhören. Keil erklärte sich bereit, den Artikel nicht zu bringen, wenn ihm der schon bestehende Satz abgekauft werde und Erhöhr der Kosten, die er schon gehabt, erfolgen würde. Keil ist dann verurteilt worden. Der Staatsanwalt ging mit dem Angeklagten Keil in der Hauptverhandlung, meinte, daß außer Erpressung in Idealverurteilung auch Betrug vorliege und beantragte, da Rückfälligkeit vorliege, gegen Keil ein Jahr Zuchthaus, 3000 M. Geldstrafe und fünf Jahre Erwerbsloshaltung gegen Lewandowski, der nur der Verführung sei, drei Monate Gefängnis. Die Rechtsanwältin Dr. Joch und Dr. Lewandowski machten geltend, daß eine Verurteilung nur wegen Erpressung erfolgen könnte, da der Betrag als durch die Erpressung konsumiert ansähe und ein Rückfälligkeit somit nicht in Frage komme. Dementsprechend erkannte das Gericht gegen Keil auf ein Jahr Gefängnis, gegen Lewandowski auf drei Monate Gefängnis.

Kleine Mitteilungen. Infolge Heraushebung des Erzeugerpreises frei Berlin um 15 Pf. wird der Milchpreis für freie Vollmilch und Emulsionmilch mit Wirkung vom 2. Februar d. J. ab auf 6.20 M. festgesetzt. Der Preis für Kartennmilch beträgt nach wie vor 4 M. — Das Bezirkssteueramt Mitte ist für das Publikum zur Ausfertigung und Berichtigung von Steuerbüchern von Montag, den 9. Januar 1922, ab nur von 9—1 Uhr geöffnet. — Nach Auffassung der „Abteilung Kriegsgesangene“ der Kriegsschädigtenfürsorge der Stadt Berlin und Angliederung an die bei

Im Wasser

Von Stijn Streuvels

Aus dem Niederländischen überlegt von Friedrich Marcus Huebner (4. Fortsetzung)

Und doch, dachte sie überhaupt an ihn?

Vergangenen Sonntag, an diesem unvergeßlichen Sonntage, der ihm nicht mehr aus dem Kopfe wollte, hatte er mit dem Mädchen geplaudert, gelacht, geschäkelt, getanzt und getrunken — und wann es jetzt wieder Sonntag wurde, da sollte er sich mit Talle Siepers trauen lassen und allem übrigen für ewig entsagen, wenn nicht . . .

Der sonderbare Zwang, der ausging von all den Menschen, unter denen er lebte, von den Dingen, mit denen er verwachsen war und die er nicht fortjähren konnte, der näherte sich ihm in drohender Gewalt, reichte sich vor ihm auf und gebot ihm, weiter zu machen und den Weg bis zum Ende zu schreiten, der ihm vorbestimmt war; und das alles, dieses einzigen elendigen Mals wegen, wo er betrunken gewesen war und sich mit dem Weibsbild vergangen hatte. Der große Kerl dachte niederzuknien und sich wie ein Kind um Gnade zu krümmen, aber lieber noch hätte er wild vor Wut werden und den ganzen Kram herausreißen und zerhackern können.

Voetjele war nun im Hinterhaus verschwunden, die Werkleute stopften ihre Pfeife und erhoben sich, um vor die Tür zu treten. Jan lehnte wieder über die Dornenhecke und gelangte auf dem alten Wege durch die Dämmerung zurück an die Scheide. Er sprang ins Boot und ruderte über das Wasser. Aus der Flut hob sich eine dünne Nebelschicht und breitete sich wie ein milchweißes, schleppendes Gewand über die weite Wiese. Es sah allerorten aus wie ein stilles weißes Meer ohne Wasser. Jan kühlte die kalte Nässe in seine Glieder dringen. Jenwärts fand er Talle sitzen mit ihrem Kinde. Sie erhob sich, wünschte ihm guten Abend, und beide gingen miteinander nach Hause. Er verlangsamte seine Schritte, damit sie folgen konnte, und hörte geduldig auf das, was sie ihm über die Vorbereitungen des neuen Heims erzählte.

„Kommst du jetzt mit, Jan, und siehst es dir an?“ fragte sie.

„Morgen, Talle; jetzt gehe ich schlafen. Wir fischen diese Nacht.“

Er schlug hastig den Seitenpfad nach seinem Hause ein und vertrocknete tief ins Bett. Er war froh, allein zu sein, und sehnzte sich zu träumen.

Nach Mitternacht standen die Fischer wieder im Wasser, eingepackt in den dicken Nebel. Und der neue Tag kam und der folgende auch, und Jan schufte mit, im Wasser und auf dem Felde, und tief in seinem Kopfe lag dieses Leid, darüber er sich zu niemandem ausließ.

Am Sonnabend bei einfallender Dämmerung stand er angelehnt am Türpfosten. Er träumte. Seine Augen schweiften hinweg, dorthin, jenseits der Wiese, wo die Häuser und die großen Dorfbinden standen. Die Sonne bewar die Fensterbänke mit blendenden Strahlen Feuer, und es deuchte ihm, das ganze Dorf stände in Brand. Tief unten, vor ihm, floß die Scheide mit ihrem sanft gleitenden blauen Gewässern, und überall zerfahmte die Stille eines Tages, der langsam endete. An der Ueberfahrt sah er Mutters hohe Gestalt in einem Boote stehen. Sie kehrte vom Dorfe zurück und trug ein schweres Bündel auf der Schulter. Ihr alt-rundes Gesicht lächelte Jan freundlich zu.

„Ich bringe dir deinen Hochzeitsanzug, Junge.“ Und dabei knüpfte sie das Bündel auf und breitete den Inhalt auf dem Tische aus: eine breite, rotbraune Samthose, eine Weste mit kupfernen Knöpfen, einen roten Bousgurt, einen gestärkten blauschwarzen Kittel, ein Paar benagelte Wasserstiefel, einen braunen Filzhut und eine rote Halsbinde. Die Brüder beglückten und begrüßten die Hofe und den Kittel, wozu die Stiefel mit ihrer Hand und entsafteten das Halstuch.

„Es ist tüchtige Ware und gar teurer Stoff“, erklärte die Mutter.

Jan stand dabei, bejah's und drummte etwas in sich ein.

Nach dem Abendessen verschwand er im Dunkeln, ohne zu sagen, wohin er ging. In später Nacht, da alle schon schlafen lagen, hörte die Mutter ihn heimkommen und mit schweren Tritten die Treppe zu seinem Lager emporsteigen. An der Mauer, über dem Kopfende, hing sein neuer Anzug, und an der Treppe fand er seine Stiefel stehen.

Des Morgens, vor Tagesgrauen, ward Jan durch eine tolle Hinterschleierei wachgedonnert. Er steckte den Kopf zu seinem Weibsfenster heraus und erkannte in dem Dämmernebel eine Schar Fischer mit Schießpögeln, welche sie beständig neu luden und mit hochgestreckten Armen in die Luft abfeuerten. Unten vor der Türe pflanzten ein paar Männer junge Fischen und Frauen banden daran bunte Bänder und Blumen.

„'s ist heute mein Hochzeitstag“, murmelte Jan und warf sich, ohne sich anzusehen, wieder aufs Bett.

Es dauerte nicht lange, dann hörte er, wie Mutter auf und ab trippelte und wie die Brüder hinausliefen zu den anderen Leuten; die Tür ging unablässig auf und zu, die Menschen kamen herein, schwatzten laut und ausgeräumt und tranken Schnaps. Mutter rief noch oben:

„Jan, Junge, 's ist Tag!“

Jan rührte sich nicht.

Am Ende des Weges erschien Talle mit einem Haufen junger Mädchen.

Ihr Bruder, Sander (Alexander) Siepers, hatte es ihr zwar verboten, aufzubrechen, da es nämlich Brauch war, daß der Bräutigam die Braut abzuholen hatte.

„Bei uns liegt die Sache ja anders“, meinte jedoch Talle, und auch die jungen Mädchen drängten dazu; also brachen sie auf. Mutter Boeke empfing sie freundlich, schob Stühle herbei und schenkte Kaffee ein. Dann wurde sie aber verbrießlich, weil Jan so lange oben blieb. Sie ging nachsehen und fand ihn auf seinem Bette liegen, den Körper hinterwärts auf die Ellenbogen gestützt und die Beine weit ausgestreckt; er stierte ins Leer.

„Hallo, Jan, sie ist schon da, warum kommst du denn nicht? Schau, es ist draußen ganz heller Tag — weshalb willst du sie warten lassen?“

„'s ist noch zu früh, Mutter.“

„Komm, trink jetzt Kaffee, auch die Männer sind bereit, und die Brüder erwarten dich.“

„Mutter, laß mir meine Ruhe.“

„Hallo, Jan, was ist mit dir? Was für Dummeheiten willst du anstellen? Gleich muß Vorstand Broeke eintreffen.“

„Mutter, ich würde lieber hier bei dir bleiben und nicht heiraten“, greinte Jan.

den Bezirksämtern bestehenden Abteilungen für die Kriegsbeschädigten-Fürsorge befindet sich das „Bureau des Landes- und Zentralbüros der Stadt Berlin“ ab 1. Februar 1922 in den Räumen der Hauptfürsorgestelle der Stadt Berlin für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene, Landsherberger Straße Nr. 43-47, Zimmer 22 und 23.

Massenantrieb in den Warenhäusern. Die „Weiße Woche“, die zur Zeit in allen großen Berliner Warenhäusern eingeführt ist, hat zu einem Massenandrang des Publikums mit allen für die Warenhäuser erfreulichen und unerfreulichen Nebenerscheinungen Anlaß gegeben. In einem großen Warenhaus am Alexanderplatz wurden am gestrigen Montag allein 40 Taschendiebe bei ihrer Tätigkeit abgefaßt und der Polizei zugeführt. Das rote Kreuz hat in den Geschäften provisorische Unfallstationen eingerichtet, die mit fahrbaren Krankenwagen ausgerüstet sind und ohnmächtig werdenden Besuchern erste Hilfe bringen können.

Die Trauerfeier für die Genossin Luise Zieg findet am Sonntag, den 5. Februar, vormittags 10 1/2 Uhr, im Berliner Stadthaus, Klosterstraße, statt. Auswärtige Delegationen können am Sonntag von 9 Uhr ab Karten zur Teilnahme an der Feier im Bureau der Zentralleitung, Breite Straße 8/9, vorn 1 Treppe, in Empfang nehmen.

Soz. Frau-Jugend SO. Am Freitag, den 3. Februar, abends 7 Uhr, findet in der Schule, Reichenberger, Ecke Forsterstraße, eine Jugendversammlung statt. Wir richten an unsere Genossinnen und Genossen die Bitte, ihre Söhne und Töchter auf diese Veranstaltung aufmerksam zu machen, und laden auch alle Jugendlichen dazu ein, die Interesse an der Gründung einer Gruppe S. F. J. haben.

Eisenbahner! Beamte!

Durch das Hinscheiden der Genossin Zieg ist für uns Eisenbahner eine unserer besten Kämpferinnen mitten in ihrer Arbeit durch den Tod entzogen worden.

Ein jeder weiß ihre Arbeit zu schätzen. Tag und Nacht hat sie unermüdet speziell für die Reichs-Staatsbeamten und Arbeiter ihr ganzes Können und Wissen eingesetzt. Sie soll für uns ein Vorbild sein und rufen ihr zum Dank nach, in ihrem Sinne weiter zu wirken. Unvergessen soll sie uns allen sein. Ehre ihrem Andenken!

Verbeugung der U. S. V. D. - Eisenbahner.

Gleichzeitig fordern wir hiermit sämtliche Eisenbahnbeamte und Arbeiter auf und betrachten es als Pflicht, sich geschlossen am Sonntag, den 5. Februar, an der Ueberführung ihrer Asche zu beteiligen. Die Eisenbahner nehmen um 11 Uhr Aufstellung am Marktplatz.

Der Verbeugung wird dringend gebeten, sich am Freitag, den 3. Februar, abends 7 Uhr, zu einer wichtigen Besprechung bei Biederstein, Adalbertstr. 59, einzufinden. — Der geschäftsführende Ausschuss.

Wir fordern hiermit unsere dienstfreien Kollegen auf, sich an der Beisetzung der Asche der Genossin Zieg am Sonntag, den 5. Februar, zu beteiligen.

Wir schließen uns der Aufstellung der U. S. V. D. - Eisenbahner an, und zwar um 11 Uhr am Marktplatz.

Die Bezirksleitung und Ortsverwaltung des D. E. F. Berlin.

Im Zeichen des Hakenkreuzes!

Am den Eltern, die die Abfahrt haben, ihre Kinder den kaufmännischen Beruf erlernen zu lassen, notwendige Hinweise zu geben, veranstaltete lehrlich der Zentralverband der Angestellten eine Versammlung. Der Referent Fritz Schmidt verbreitete sich über die Lage des kaufmännischen Lehrlings in der Vergangenheit und Zukunft, dem im Kampf gegen jegliche Ausbeutung nur leistungsfähige Verbände bestehen können.

Kun erbat als erster Diskussionsredner der Jugendleiter vom Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband, der den echt deutschen Namen von Gonschard führt, das Wort.

In überaus provozierender Art beschimpfte er die Anhänger der freien Jugendbewegung. Darauf folgte ein skandalöser Ausbruch, ausgeführt von teutonischen deutschnationalen Hakenkreuzjünglingen. Ein Mitglied der Jungmannschaft in Uniform, umgürtet mit einem Dolch, trat als erster in Aktion. Dann folgten einige Steinbomben-Würfe, die natürlich zur Folge hatten, daß die erschienenen Eltern und Lehrlinge fluchtartig den Saal verlassen mußten. Die deutschnationale Sprengkolonne war mit der Absicht erschienen, die Versammlung zu lösen und dann für sich eine Versammlung abzuhalten. So be-

treibt also der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband Jugend-Auffklärung!

Den anwesenden Eltern und Jugendlichen wurde an diesem Abend praktisch vorgeführt, welcher Art die Waffen sind, mit denen die Reaktion kämpft. Die Arbeiter-Eltern müssen daraus die große Gefahr erkennen die ihren Söhnen und Töchtern droht, wenn diese nicht frühzeitig den Anschluß an die freigewerkschaftliche Organisation finden. Rat und Auskunft erteilt das Jugendsekretariat des Zentralverbandes der Angestellten, Belle-Alliance-Straße 7-10. Dort kann auch die einem Redaktionsheften abgenommene Steinbombe sowie auch ein Hakenkreuz besichtigt werden.

Zur Krise in der Metallindustrie

Stellungnahme der Angestellten-Funktionäre

Nachdem Sonntag die Funktionäre der Berliner Metallarbeiter-Schaft Stellung zum Schiedspruch nahmen, beschäftigten sich die Funktionäre des UFA-Bundes in der Metallindustrie am Dienstag in einer gut besuchten Versammlung mit dem Ergebnis der Tarifverhandlungen. In einer Verständigung ist es nicht gelungen. Die geforderte Lohnaufbesserung für Januar wurde abgelehnt.

Die Haltung der Unternehmer wurde einer vernünftigen Kritik unterworfen. Verlangt wurde, die Ueberstundenarbeit zu verweigern und auf die Lohnherhöhung nicht Verzicht zu leisten. Zum Schluß wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Die UFA-Funktionäre beharren auf dem Standpunkt, daß unter allen Umständen die für den Monat Januar aufgestellten Forderungen als Verhandlungsbasis zu gelten haben. Sie verpflichten die Organisation, mit allen gewerkschaftlichen Mitteln hierfür einzutreten.“

Zum Schiedspruch in der Metallindustrie

Keine Majorität für den Streik

Wie wir vom Metallarbeiter-Verband erfahren, ergab die Urabstimmung über den Schiedspruch, daß eine natutarische Mehrheit für die Ablehnung desselben und Eintritt in den Streik nicht erzielt wurde. Ungefähr sechs Zehntel der Abstimmenden gab ihr Votum für den Streik ab, während vier Zehntel gegen den Streik stimmten.

Betriebsräteschule

Die von den Verbänden zur Verteilung übernommenen Hörerkarten zur Betriebsräteschule sind bereits zum größten Teil abgerechnet. Der Verlauf der Hörerkarten (zum Preise von 10 M.), für Arbeitslose unentgeltlich, findet nunmehr Montags und Freitags bis 7 Uhr abends, Dienstags, Mittwochs und Donnerstags bis 4 Uhr nachmittags und Sonnabends bis 1 Uhr mittags im Bureau der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale, Abteilung Rätcheschule, Berlin SO., Engelauer 24-25, 2. Hof I, statt.

Da der Unterrichtsbeginn bereits am 13. Februar beginnt, ist es notwendig, daß Sammelbestellungen aus den Betrieben dem Bureau umgehend überwiesen werden. Unterrichtsverzeichnisse und Plakate sind in genügender Anzahl dort erhältlich. Die Kurse finden im Zentrum, Nordwesten, Norden, Südosten und Osten Berlins statt und beginnen nachmittags um 6 Uhr und abends um 8 Uhr. Für Patentteilung in Fragen der Kursauswahl finden Lehrberatungs-Sprechstunden Montags und Freitags von 4 bis 7 Uhr statt.

Die im Lehrplan vorgezeichneten 55 Kurse geben allen freigewerkschaftlich organisierten Kollegen und Kolleginnen, insbesondere den Betriebsräten, die Möglichkeit, sich Kenntnisse der Volkswirtschaft, der Betriebswirtschaft, des Arbeitsrechts, der Statistik, des Steuerrechts und der Sozial- und Gewerkschaftslehre anzueignen. Hier ist es notwendig, darauf hinzuweisen, daß nicht nur die arbeitsrechtlichen, sondern auch alle übrigen Kurse von großer Bedeutung sind. Gerade die wirtschaftlichen Ereignisse der letzten Zeit sollten mit genügender Klarheit gezeigt haben, wie eng mit ihnen das Lebensinteresse der deutschen Arbeiter- und Angestellten-schaft verknüpft ist.

Kollegen! Kolleginnen! Nur mit den Waffen der Bildung und des Willens versehen, wird es Euch gelingen, den notwendigen Einfluß im Wirtschaftslieben zu gewinnen. Besucht die Kurse der Betriebsräteschule! Weist die Kollegenschaft in den Betrieben auf die Bedeutung der wirtschaftlichen Bildungsgänge hin! Betriebsräteschule der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale.

Zu alt!

Vor dem Kriege wurden vielfach Methoden praktiziert, nach welchen Arbeiter und Angestellte, wenn sie 40 Jahre zählten, als zu alt befunden und nicht mehr eingestellt wurden. Während des Krieges räumte man mit diesen barbarisch sich auswirkenden Bestimmungen auf und spannte sogar Greise und Krüppel ein, die auf dem Schlachtfeld der — Ehre und der Arbeit bluten mußten. Jetzt 4 Jahre nach dem Kriege erlaubt man sich wieder

vorkriegszeitliche Einstellungsbedingungen. Und merkwürdig genug, wird uns ein solcher Fall in Berlin bekannt, wo es die städtischen Straßenbahnen sind, die über 40 Jahre alte Personen nicht mehr einstellen. Darüber wird uns berichtet:

Auf dem Arbeitsnachweis in der Oranienburger Straße wurden am Sonnabend, den 28. Januar, für die Betriebswerkstätten auf den einzelnen Bahnhöfen der städtischen Straßenbahnen Handwerker, Schmiede usw. verlangt. Einige Genossen von uns meldeten sich. Auf dem Bahnhof Kniptersstraße wurde aber erklärt, über 40 Jahre alte Kräfte dürfen auf Befehl von oben nicht mehr eingestellt werden.

Unsere Genossen in den einzelnen Deputationen werden darauf drängen müssen, eine solche skandalöse Maßnahme sofort zu beiseitigen. Andernfalls wird die organisierte Arbeiterschaft Veranlassung nehmen, und energisch darauf drängen, diesen Unsitte ebenschnell abzustellen.

Heße gegen Erwerbslose

Vom Magistrat wird mitgeteilt: Eine Tageszeitung brachte kürzlich die Mitteilung über eine wegen betrügerischen Bezuges von Erwerbslosenunterstützung erfolgte gerichtliche Verurteilung und bemerkt hierbei, daß die betrügerische Ausnutzung der Erwerbslosenunterstützung immer mehr Schule mache. Dies trifft nicht zu. Nach Mitteilung der städtischen Erwerbslosenfürsorge wirken dies mehr die zur Abwehr des Mißbrauchs getroffenen umfassenden Maßnahmen derart, daß von einer Zunahme der Betrugsfälle keine Rede sein kann.

USP-Musikinstrumentenarbeiter. Am Donnerstag, den 2. Februar, abends 7 Uhr, im Reichenberger Hof, Reichenberger Str. 147, wichtige Versammlung aller im Holzarbeiterverband organisierter USP-Genossen. Partei- und Gewerkschaftsausweis legitimieren, USP-Verbeugung.

Gewerkschaftsunterkommission Teltow. Am, wie vorjährig, ja auch in diesem Jahre den aus der Schule zur Entlassung kommenden Kindern eine im proletarischen Sinne würdige Feier veranstalten zu können, erlucht die Gewerkschaftsunterkommission Teltow die Eltern um Mitteilung ihrer für die Jugendweihe in Frage kommenden Kinder an den Kollegen Doppuch, Teltow, Lindenstr. 28.

Drohender Streik der Maschinisten und Heizer in der Donau-Schiffahrt. Auf der Donau bestehen ernste Differenzen. Vom Zentralverband der Maschinisten und Heizer sind den Arbeitgebern der Donau-Redereien Forderungen übermittelt, welche zum Ziel haben, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Donauschiffer einigermaßen den Verhältnissen der anderen Binnenströme anzupassen. Gegenwärtig tagen an allen Stationen der Donau Versammlungen, um zu der offensichtlichen Verschleppung der Angelegenheit durch die Arbeitgeber Stellung zu nehmen. Für die deutsche Streife der Donau steht die Aufnahme des Kampfes unmittelbar bevor, was zur Folge haben kann, daß der Streik auf alle Betriebe übergreift.

Parteiveranstaltungen

2. Verwaltungsbüro, 4. Distrikt (Welles). Die Vertagung unseres Verbandes von Genossin Kati Reil, Ballaststraße, findet am Sonnabend, nachm. 3 Uhr, von der Seitenhalle des Jussif-Appel-Kirchhofes (Schöneberg) statt. Nege Beteiligung wird erwartet.

U. S. V. D. - Eisenbahner. Die für Freitag angekündigte Bezirksversammlung kann unplanmäßig nicht stattfinden. Späterer Termin wird nach Bekanntwerden der Distriktsleitung.

Donnerstag, 2. Februar

- 1. Verwaltungsbüro, 13. 16. 17. Distrikt. Abends 7 Uhr Bes. und Parteiverammlung in der Schule Telesdorfer Str. 4. Bericht des Genossen Franke: „Der Kampf der UFA“
- 2. Distrikt (Berlin-Mitte). Abends 7 1/2 Uhr Sitzung des engeren Vorstandes bei Dams, Schöneberg, 8.
- 3. Distrikt (Wedding). Abends 7 Uhr Vorstandssitzung bei Kraft, Uckerstr. Straße 21.
- 4. Distrikt. Abends 7 1/2 Uhr Sitzung der Frauenarbeits- und Kinderbeschäftigung bei Kahn, Köpcke Str. 6.
- 14. Distrikt. Abends 7 1/2 Uhr Bezirksversammlung bei Köpcke, Köpcke Str. 17.
- 18. Distrikt. Abends 7 Uhr Vorstandssitzung bei Kraft, Köpcke Str. 17.

Bereinskalender

Donnerstag, 2. Februar

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Besondere Bes. und Arbeitsschüler. Abends 7 1/2 Uhr Vertikalanstaltensitzung bei Hofmann, Köpcke Str. 17. Zentralverband der Holzarbeiter. Chemischer Reichsanstalt. Abends 8 Uhr Mitgliederversammlung in der Neuen Wälderstraße, Köpcke Str. 96-97.

Unserlangt eingehende Manuskripte werden nur dann zurückgeschickt, wenn ein genügend frankiertes Briefmarkenblatt beigelegt ist. Das gleiche gilt für Anfragen aus dem Ausland.

Verantwortlich für Politik und Justiz: Leo Plebisch, Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Kassen- und Gewerkschaftliches: K. Gentel, Berlin; für den Interesentent und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Riemer, Berlin. — Verlagsgenossenschaft „Arbeit“, c. o. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei c. o. m. b. H., Berlin E. 2, Breite Straße 6-8.

Billige Preise für vornehme

Winterkleidung

- Schlüpfer, Raglans und Ulster 800⁰⁰
- Winter-Paletots 775⁰⁰
- Ulster 285⁰⁰
- Knaben- u. Jünglings-Schlüpfer 260⁰⁰
- Engl. Offiziersmäntel 575⁰⁰
- Amerikan. Mäntel 250⁰⁰
- Gummimäntel 450⁰⁰
- Bozener Mäntel 350⁰⁰
- Winter-Joppen 250⁰⁰
- Pelzjoppen 350⁰⁰
- Fahrpelze 400⁰⁰

- Jackett-Anzüge 450⁰⁰
- Jackett-Anzüge 800⁰⁰
- Winter-Anzüge 390⁰⁰
- Sport-Anzüge 600⁰⁰
- Gehrock-Anzüge
- Smoking-Anzüge
- Frack-Anzüge
- Cutaway u. Weste 550⁰⁰
- Herren-Litewken 110⁰⁰
- Hosen 70⁰⁰
- Burschen-Anzüge 250⁰⁰
- Knaben-Anzüge 150⁰⁰
- Herrn-Hüte / Chapeaux-Claques / Einsegnungs-Hüte
- Weisse Oberhemden / Frack-Oberhemden
- Helle Frack-Westen / Weisse Krawatten

Zur Einsegnung

- Schwarze u. blaue Chevrotanzüge 380⁰⁰
- Blaue Chevrot- u. Kammgarnanzüge 450⁰⁰
- Blaue Chevrotanzüge 550⁰⁰
- Blaue Kammgarnanzüge 650⁰⁰
- Blaue Chevrotanzüge 750⁰⁰
- Blaue Kammgarnanzüge 950⁰⁰
- Farbige Anzüge 320⁰⁰
- Farb. Kammgarn- u. Chevrotanzüge 480⁰⁰
- Homespunanzüge 580⁰⁰
- Chevrotanzüge 680⁰⁰
- Farbige Anzüge 760⁰⁰

Geh- und Sportpelze

In der Morgenstunde billiger Verkauf von Trikotsagen und anderen Sachen

BAER SOHN

Der Versand nach außerhalb erfolgt in der Reihenfolge der eingehenden Aufträge

Berlin nur Chausseestraße 29-30